

Der Lübecker Volksbote erscheint am Nachmittage jeden Werktages. Abonnementspreis mit illustrierter Beilage „Wolk und Zeit“ frei Haus halbjährlich Reichsmark 1.10 Einzelnummer 10 Reichspfennig Redaktion: Johannisstraße 46 Fernruf: 25 351-63

Anzeigenpreis für die achteckige Wilmmerzeile 10 Reichspfennig, bei Werksammlungen, Vereins-, Arbeits- u. Wohnungsanzeigen 8 Reichspfennig. — Reklamen die dreieckige Wilmmerzeile 25 Reichspfennig Geschäftsstelle: Johannisstraße 46 Fernruf: 25 351-63

Lübecker Volksbote

Tagesszeitung für das arbeitende Volk

Nummer 196

Mittwoch, 21. August 1928

35. Jahrgang

Standerbeg III. Mussolini macht einen König

Aus Tirana wird gemeldet, daß die Auszählung Ahmed Zogus zum König von Albanien beschlossene Sache ist. Ahmed Zogu wird den Namen Standerbeg III. annehmen.

Die Versuche des albanischen Duce Mussolini Ahmed Zogu, dem Beispiel seines römischen Meisters zu folgen und sich zum König seines Vändchens auszurufen, sind kein zufälliges Zusammentreffen mit den letzten Ereignissen der großen Mittelmeerpolitik. Sie sind, aller äußeren Umkleidung bar gesehen, ein Akt der Verzweiflung Italiens, wenigstens in den letzten Machtpositionen, die ihm Englands Gnade gelassen hat, den italienischen Einfluss so fest zu verankern, daß ein Zurück nicht mehr möglich ist. Das Spiel ist ebenso gewagt wie verzweifelt. Es ist keineswegs der Ausbruch eines starken Machtwillens, der unerschütterlich den Weg zum Ziele geht, sondern das Niedriggergehen eines von stärkeren Mächten in die Enge Getriebenen, der seine letzte Chance mit allen Mitteln zu halten sucht.

Als reales Objekt gesehen, ist das zu Königshren berufene Albanien nichts weniger als eine bedeutende Angelegenheit. Es ist eines der unglücklichsten Gebilde, die von der Staatsmannskunst der europäischen Großmächte geschaffen worden sind. Es ist aus einem durch historische Entwicklung gewordenen organischen Ganzen herausgerissen worden, das seinen Bewohnern wenigstens früher die primitivsten Existenzbedingungen geboten hat, und es ist zum Spielball machtpolitischer Interessen geworden. Der einzige Erfolg der Bemühungen um das Land, um dessen Besitz gegenwärtig neben Italien noch Jugoslawien, Griechenland und auch Bulgarien sich bemühen, ist bisher die Zerküftung seiner Wirtschaft gewesen. Heute steht das arme Land, das kaum seine kleine Bevölkerung zu ernähren vermag, unter dem Druck einer schweren ökonomischen Krise, die namentlich in den nördlichen und südlichen Teilen so stark ist, daß ausländische Hilfsaktionen die Bevölkerung nur mühsam vor dem Hungertode zu bewahren vermögen. Die Verschlebung der politischen Verhältnisse hat die einseitigen Wirtschaftszentren im Norden und Süden des Landes, Stutari und Balona, völlig zugrunde gerichtet und die Bergbevölkerung dieser Gebiete ihrer wichtigsten Absatzmärkte beraubt. Die letzten geringen ökonomischen Hilfsmittel, die sie sich aus den immerwährenden Kämpfen vor, während und nach dem Weltkrieg geerbt hatten, wurden ihr genommen. Außerdem treibt Ahmed Zogu aus politischen Gründen eine Politik der Begünstigung der Mitte des Landes, dessen mohammedanisches Bevölkerungselement die stärkste Stütze seiner Macht ist. Diese zerrüttete Wirtschaft hat überdies noch die Lasten einer Großmannspolitik zu tragen, die aus Albanien einen Militärstaat von entscheidendem Einfluß auf die Balkanpolitik machen will. Nach dem Beispiel der Türkei hat Ahmed Zogu mit einer Reformpolitik begonnen, die sich auf reine Außenlichkeiten und

kostspielige militaristische Experimente beschränkt. Er hat wie der Herrscher von Ungarn mit dem Versuch des Neuzugriffes auf einen Modernisierung der Verwaltung unterzogen. Die Folge ist wie in Ungarn ein aufgeschwemmter Beamtenapparat, der sich aus Protektionstünden des herrschenden Regimes zusammensetzt und trotz seiner geringen Leistungsfähigkeit die Hälfte der Staatseinnahmen verschlingt. Um der Gerechtigkeit willen muß festgestellt werden, daß auf dem Gebiet des öffentlichen Unterrichts wohl einiges erreicht worden ist. Auch die Anlage eines von Automobilen befahrenen Straßennetzes macht Fortschritte. Aber im großen und ganzen stehen die Leistungen des Apparates auch nicht annähernd im Verhältnis zu seinen Kosten, da der größte Teil der Steuereingänge in die Taschen von Claqueurs fließt. Der Rest der über die Hälfte der Staatseinnahmen betragenden Kosten der Verwaltung wird von der Armee aufgebraucht, die sich Ahmed Zogu zum Schutze seiner persönlichen Macht geschaffen hat. Es kommt hinzu, daß sich der Präsident und künftige König den Luxus einer Villenflotte aus zwei alten deutschen Kanonenbooten und einigen bewaffneten Motorbooten leistet. Daran läßt sich ermaßen, wie viel unter diesen Umständen für die Wohlfahrt des Landes noch übrig bleibt. Es scheint System in dieser Politik zu liegen, die auf alle Versuche zur Bekämpfung der im Lande wüthenden Seuchen, wie Malaria, Tuberkulose und Syphilis verzichtet, um sich der Gegner des gegenwärtigen Regimes auf eine gute Art zu entledigen.

Der ganze von Ahmed Zogu errichtete Bau stützt sich neben den militärischen Machtmitteln auf ein ins feinste ausgebildetes Polizei- und Spitzelsystem, mit dessen Hilfe die Konsolidierung einer Opposition gegen den Präsidenten verhindert wird. Die aktiven demokratischen Elemente des Landes, von denen im Aufstand Jan Nolis der Versuch gemacht worden ist, durch eine Agrarreform und Landverteilung an die Besitzlosen und verarmten Kleinbauern einen Ausgleich der sozialen Gegensätze zu schaffen, sind des Landes vertrieben. Die Großgrundbesitzer im Verein mit dem Feudaladel betrachten Ahmed Zogu als ihren Sachwalter und leisten ihm willige Gefolgschaft. Der Versuch dieses Sachwalters der Großgrundbesitzer, unter dem Namen Standerbeg III. die Tradition der großen albanischen Herrscher fortzuführen, entspricht keineswegs dem Wunsch des albanischen Volkes nach einem König. Das Ziel des größten Teiles der Intellektuellen in der Bauernschaft ist vielmehr die soziale und demokratische Republik.

Die natürliche Konsequenz der von Mussolini offensichtlich inspirierten Staatsstreiche Ahmed Zogus werden aller Voraussicht nach neue innere Kämpfe sein, die Albanien Wirtschaftlich noch weiter ruinieren und Italien im Falle einer direkten Einmischung nur in höchst unangenehme außen- und kolonialpolitische Abenteuer stürzen werden.

Standpunkt, daß die Reichsbank sich in diesem Falle eine arglistige Täuschung habe zuschulden kommen lassen und außerdem Drohungen angewandt habe, um den Mann widerrechtlich zur Abgabe eines Auerkenntnisses zu zwingen. Das Oberlandesgericht verwarf die Berufung und erklärte das Verhalten der Reichsbank als Verstoß gegen die guten Sitten.

Es wird, nachdem jetzt bereits zwei solcher Vorgänge in der Öffentlichkeit bekannt wurden und die hannoversche Reichsbankhauptstelle sich in tiefes Schweigen hüllt, allerhöchste Zeit, daß der Reichsbankpräsident sich einmal um die Vorgänge bei der hannoverschen Reichsbank kümmert.

Die englische Arbeiterschaft für Deutschlands Recht

Scharfer Vorstoß der Labour-Partei in der Rheinlandsfrage

Der Daily Herald schreibt heute als Organ der offiziellen Opposition, wenn Deutschland in der Septembersituation des Völkerbundes die Frage der Rheinlandsdrückung aufrolle, biete sich Gelegenheit, ein schimpfliches Kapitel in der Geschichte nach dem Kriege zu schließen. Die Fortsetzung der Besetzung sei nicht nur ein Verbrechen gegen Deutschland, sondern auch gegen den Frieden und die internationale Verständigung. Auf der britischen Regierung laste eine große Verantwortung. Wenn sie fortfähre, Frankreich in dieser Sache zu unterstützen, entweder aktiv oder durch die Behauptung, das entscheidende Wort müsse bei Frankreich liegen, so mache sie sich eines Verbrechens schuldig. Die britische Regierung habe lange genug hin und her geschwankt, und ihre Entscheidung, britische Truppen an gemeinsamen Manövern im besetzten Gebiet teilnehmen zu lassen, sei höchst tadelnswert. In Genf müsse die britische Regierung ihr ganzes Gewicht auf die Seite der Deutschen werfen. Wenn sie das tue, mache sie ihr früheres Verhalten und ihren Mangel an Mut zum Teil wieder gut und wäre der Unterstützung der organisierten Arbeiter beider Länder sicher.

Lord Haldane

Das Bild eines britischen Staatsmannes

Von unserem Londoner Korrespondenten

London, den 20. August 1928

Wer Lord Haldane erst in den jüngsten Jahren zum ersten Male begegnet ist, der bekommt wohl keine richtige Vorstellung mehr von dem bedeutenden Manne, der eben im dreißigsten Jahre verschieden ist. Wohl war man von dem unerschöpflichen Gedächtnis und der unverminderten Schärfe seines Denkens betroffen, aber es strahlte von dem Siebzigerjährigen nichts mehr aus. Der greise Staatsmann glich einem nach innen ausgebrannten Krater, dessen äußere Silhouette noch immer beherrschend und ehrfurchterregend die Landschaft dominiert, dessen Gut jedoch längst erloschen ist.

Lord Haldane war mehr als nur ein Politiker und selbst als nur ein Staatsmann. Er war ein philosophischer Denker von mehr als alltäglichen Fähigkeiten, der sich einst in seiner Jugend in Göttingen den philosophischen Doktorhut geholt hatte, und er war überdies ein Jurist, der die Spuren seines Erdenwandels tief in die britische Rechtsgeschichte eingegraben hat. Eine enzyklopädische Persönlichkeit, Philosoph aus Leidenschaft, Jurist aus Beruf und Politiker aus Berufung, reißt er sich in die große Schar jener englischen Staatsmänner ein, die wie die „Times“ in ihrem Nachruf auf Lord Haldane feststellt — trotz höchster und seltenster intellektueller Gaben den Dienst am Wohle der Allgemeinheit — möge er sich auch äußerlich in der Form vulgärer und kleinlicher Parteikämpfe abspielen — nicht verachtet haben.

Ueber die Bedeutung Haldanes als Jurist werden die Rechtsgelehrten ein letztes Wort zu sprechen haben, der Laie vermag nur ungenügend abzuschätzen, wieviel von den Vorbeeren, die jetzt am Grabe gespendet werden, echte Huldigungen darstellen. Seine Bedeutung als Philosoph kann schon leichter in einer richtigen Perspektive gesehen werden. Haldane war, als Philosoph, niemals ein schöpferischer Geist. Aber seine Fähigkeit der Verarbeitung fremden Gedankengutes, der Popularisierung schwieriger Probleme, die kristalline Klarheit seines Wortes hätten ihn sicher zu einem der großen geisteswissenschaftlichen Lehrer seiner Zeit gemacht — hätte es ihn je nach akademischen Lorbeeren gelüftet. Man hat von ihm gesagt, daß er nicht nur einer der wenigen Briten war, die Einsteins Relativitätstheorie verstanden haben, sondern daß er auch imstande gewesen wäre, sie dem erstbesten Menschen auf der Straße verständlich zu machen.

Haldanes wirkliche Bedeutung und historische Leistung lag jedoch auf politischem Gebiete. Hier kam ihm jene seltene Mischung von theoretischer Schulung und praktischem Blick in höchstem Maße zugute; besonders in England, wo „der Glaube an die Wirksamkeit und Bedeutung einer intelligenten Organisation unter Staatsmännern nicht häufig anzutreffen ist“. Es ist auf den ersten Blick seltsam, daß ein Mann mit Gaben, wie den oben umschriebenen, gerade zum Kriegsminister berufen wurde. Seine juristischen Fähigkeiten, seine soziologischen Studien, sein Interesse für Erziehungsfragen und sein Interesse für soziale Fragen schienen ihn von Hause aus auf ein ganz anderes politisches Betätigungsfeld hinzuweisen. Aber in einem Lande, zu dessen vornehmsten Traditionen es gehört, sich grundsätzlich nicht von Fachleuten, sondern von Dilettanten und Amateuren regieren zu lassen, konnte die Ernennung Haldanes zum Kriegsminister im Dezember 1905 nicht erstaunlich sein. Haldane fand sich infolgedessen auch, dank seiner dialektischen Schulung und seiner ungeheuren geistigen Energie bald in seinem neuen Ressort zurecht und wurde binnen wenigen Jahren zum größten Kriegsminister, den England in den letzten hundert Jahren seiner Geschichte gehabt hat. Er war es, der das gesamte militärische Wesen Großbritanniens von Grund auf reorganisierte, die britischen Expeditionstruppen den modernen Kriegswendigkeiten anpaßte und die Territorialarmee (das stehende Heer) schuf, die sich im Kriege als Rader für General Kitcheners Armee als so ernst zu nehmender militärischer Faktor erwiesen hat. „Es war Lord Haldane“, schreibt der „Daily Telegraph“, der das britische Kriegsministerium ins Leben setzte, drei Wochen nach Ausbruch der Feindseligkeiten sechs vollausgerüstete, kriegstarke Divisionen nach Frankreich zu senden“ und dadurch im höchsten Maße zum Mißlingen der deutschen Offensive an der Marne beizutragen. „Es war Lord Haldane, der die alte Freiwilligen-Truppe auf einer neuen Basis mit solchem Erfolge reformierte, daß die Bataillone der Territorialarmee bereits im September 1914 imstande waren, den regulären Truppen ins Feld zu folgen...“ Lord Haldane werde unter den britischen Staatsmännern, die zum Siege der Alliierten im Jahre 1918 beigetragen haben, stets einen ehrenvollen Platz einnehmen.

Lord Haldane dürfte über diese historische Einreihung seines Lebenswerkes, wie sie schon in den letzten Jahren seines Lebens gang und gäbe war, mit der traurigen Ironie des alternden Philosophen gelächelt haben. Denn nur eine

Ein Reichsbankskandal

Urkundenfälschung und arglistige Täuschung

Hannover, 21. August (Eig. Drahtber.)

Eigenartige Geschäftspraktiken der hannoverschen Reichsbankhauptstelle haben in letzter Zeit in der Öffentlichkeit zu lebhaften Debatten Anlaß gegeben. Die neueste Streitfrage in dieser Richtung, die von dem hannoverschen „Wolk und Zeit“ neuerdings der Öffentlichkeit unterbreitet wird, betrifft eine gefälschte Urkunde, die von der Reichsbankhauptstelle Hannover zu einer Klage und als Ursache eines Arrestes benutzt wurde, um gegen einen Kaufmann einen Prozeß wegen eines Objektes von 200 000 Mark zu gewinnen. Die Urkunde, auf Grund deren die Reichsbank klagt, enthält einen gefälschten Zusatz, der von einem verantwortlichen Beamten der Reichsbank stammt und der vor Gericht von dem Staatskommissar der Reichsbank vertreten wurde. Nachträglich stellte sich heraus, daß der Zusatz eine Fälschung war. Der Staatskommissar erklärte als Zeuge, daß dieser Zusatz nicht auf seine Anordnung entstanden sei, obgleich der betreffende Bankbeamte sich damit entschuldigt, daß er von höherer Stelle zu der Aktienänderung veranlaßt worden sei. Ueber diese für die Reichsbank sehr unangenehme Sache werden im Laufe des Prozesses wahrscheinlich noch weitere Einzelheiten bekannt werden.

Die Sache ist um so peinlicher, als bereits vor wenigen Wochen die Leitung der Reichsbankhauptstelle Hannover in einem anderen Prozeß vor dem Oberlandesgericht in Celle eine schwere Niederlage erlitt. In dem Urteil dieses Prozesses heißt es, daß der Vertreter der beklagten Reichsbankstelle durch Täuschungen und Vorpiegelungen von dem Kläger das Auerkenntnis einer bereits verjährten Wechselschuld erlangt hat. Es handelte sich damals um einen Prozeß gegen einen Maurermeister Niemann aus Giffhorn bei Hannover wegen eines hohen Wechsels. Der 9. Zivilsenat des Oberlandesgerichts in Celle stellte sich auf den

Die Interparlamentarische Union an der Arbeit

Deutsch als Verhandlungssprache / Rahme Beschlüsse in der Kolonialfrage

Die 25. Konferenz der Interparlamentarischen Union wurde gestern durch den Zusammentritt verschiedener Kommissionen eingeleitet. Es versammelten sich zunächst die Mitglieder der Kommission für Wirtschafts- und Finanzfragen, an deren Beratungen als Vertreter der deutschen Gruppe der volksparteiliche Reichslagsabgeordnete Dr. Schneider-Dresden teilnahm. Der Vorsitzende der Kommission, der ehemalige Finanzminister der Niederlande, Dr. M. W. F. Treub, stellte zu Beginn der Sitzung fest, daß alle Kommissionsmitglieder Vertreter von etwa 15 europäischen und amerikanischen Parlamenten, mit der Verhandlungsführung in deutscher Sprache einverstanden waren. Es wurden namentlich die Auswirkungen erörtert, die die Beschlüsse der bisherigen internationalen Wirtschaftskonferenzen auf die tatsächliche Handelspolitik der in der Union vertretenen Länder gehabt haben. Der deutsche Vertreter wies dabei auf die vom Reichswirtschaftsminister Dr. Curtius eingeschlagenen Maßnahmen und auf die weitgehenden Zollerleichterungen des deutsch-französischen Handelsvertrages hin.

Am Nachmittag traten die Abrüstungskommission, die Kommission für koloniale Angelegenheiten und schließlich die Minderheitenkommission zusammen, die offiziell den Namen „Kommission für ethnische Fragen“ führt.

Die Sitzung der Kommission für koloniale Fragen beschäftigte sich unter dem Vorsitz des schweizerischen Vertreters Dr. Sinder mit dem Entwurf einer Resolution, die im vorigen Jahre von einer Unterkommission der Interparlamentarischen Konferenz in Paris beschlossen worden war. Diese Unterkommission bestand aus dem früheren holländischen Ministerpräsidenten Heemskerk, dem deutschen Gouverneur z. D. Dr. Schnee und dem französischen Senator Roustan. Ihren Beratungen lag eine von Dr. Schnee verfaßte Denkschrift zugrunde. In der Dienstagssitzung der Kommission wurde mit geringen Veränderungen der Entwurf der Unterkommission angenommen. Die Resolution besagt:

„Die Interparlamentarische Konferenz erneuert die Wünsche, die durch die 22. Interparlamentarische Konferenz in Bern und Genf zugunsten der Festigung und Vollendung des

Systems der Kolonialmandate ausgedrückt sind, so wie es durch Artikel 22 der Völkerbundscharta festgelegt ist.

Sie hebt insbesondere hervor, daß die Kolonialmandate, welche dem Mandatar anvertraut sind, eine Treuhänderschaft (trusteeship) darstellen, welche unter der Aufsicht des Völkerbundes im Interesse der Bevölkerungen der Mandatsgebiete wie der Gemeinschaft der Nationen im allgemeinen errichtet ist. In Konsequenz davon muß jeder Versuch einer der Mandatsmächte, über eines oder das andere der fraglichen Gebiete eine rechtliche oder tatsächliche Souveränität auszuüben, mit der größten Energie zurückgewiesen werden. Die Konferenz besteht ferner auf den folgenden bereits in Bern und Genf beschlossenen Punkten:

1. Die Versammlung des Völkerbundes muß das Recht haben, das Mandat einer Macht zu entziehen, die sich unfähig zeigen würde, die ihr anvertraute Aufgabe zu erfüllen.

2. Die permanente Mandatskommission soll Untersuchungen an Ort und Stelle anstellen können und über die Entwicklung der unter Mandatsverwaltung stehenden Völker berichten, um den Moment festzustellen, an dem diese sich selbst verwalten können. Die Eingeborenen der Mandatsgebiete sollen ihre Klagen direkt an den Völkerbund richten dürfen.

3. Zwangsarbeiten sind nicht zulässig außer zur Abdeckung von noch unbezahlten Steuern und für öffentliche Arbeiten (Wege, Bewässerungsanlagen usw.). Sie können nicht angeordnet werden zum Vorteil eines Privatunternehmens, außer im Falle höherer Gewalt, und lediglich wenn sie einer strikten Reglementierung unterworfen sind.

4. Die Interparlamentarische Konferenz billigt die Haltung der permanenten Mandatskommission, welche versucht hat, den Mandatarmächten so vollständige Fragebogen vorzulegen, wie sie es für notwendig hielt, um eine möglichst wirksame Kontrolle auszuüben, und hält ein Fortschreiten auf diesem Wege für richtig.“

Diese von der Kommission angenommene Entschließung wird die Vollversammlung der diesjährigen Interparlamentarischen Konferenz noch nicht beschäftigen. Sie wird die Beratungsstelle bilden, wenn die koloniale Frage auf die Tagesordnung einer Interparlamentarischen Konferenz gesetzt wird.

wahrhaft tragische Weltkonstellation konnte ihn, der einmal Deutschland seine „geistige Heimat“ genannt hatte — ein Auspruch, der ihn viele Jahre später Amt und Würden kosten sollte — zum Organisator der ersten großen Niederlage Deutschlands machen.

Man weiß, mit welcher Leidenschaft Lord Halsdane in den Jahren 1905 in zahlreichen offiziellen und unoffiziellen Missionen in Berlin an einer Besserung der deutsch-englischen Beziehungen gearbeitet hat und wie er schließlich, nach seiner berühmten Berliner Mission von 1912 die Aussichtslosigkeit seines Beginns erkennen mußte. Es ist gewiß falsch, wenn nimmehr in Deutschland die Dinge so hingestellt werden, als bestünde zwischen den diplomatischen Mißerfolgen Halsdanes in Berlin und seiner Reorganisation der britischen Armee ein kausaler Zusammenhang — seine Reformarbeit hatte längst eingeseht, als Halsdane noch auf eine zukünftige Zusammenarbeit Englands und Deutschlands hoffte. Aber es kann auch keinem Zweifel unterliegen, daß Halsdane in den späteren Jahren seiner Amtsführung als Kriegsminister den Eventualfall eines deutsch-englischen Krieges als immer ersteren Faktor in seine Reorganisationsarbeit einbezog.

Die Geschichte der Abdankung Halsdanes im Jahre 1915 wird, unter solchen Umständen, zu einer der schamvollsten Episoden der neueren englischen Geschichte: der Mann, dem England seine militärische Schlagfertigkeit zu Kriegsbeginn zu danken hatte, wird als „Deutschenfreund“ verdächtigt und als „Defaitist“ verpöndelt und von seinen politischen Gegnern solange gehetzt und gejagt, bis er unter Schimpf und Schande das hohe Amt eines britischen Lordkanzlers, das er in der Regierung Asquith innehat, niederlegen muß. Lord George spricht heute zweifellos die Auffassung der Mehrheit seiner Mitbürger aus, wenn er nimmehr in einem Nachrufe feststellt, daß Lord Halsdane damals auf die „denkbar undankbarste Weise“ von seiner Nation behandelt worden sei.

Lord Halsdane hat nach seinem Rücktritt mehr als fünf Jahre in tiefer Zurückgezogenheit gelebt, ohne jede Verbitterung zwar, wie alle übereinstimmend feststellen, die ihn in jenen Jahren gesprochen haben, aber auch ohne Wunsch, in einer, noch in Kriegspyhose befindlichen Welt eine politische Rolle zu spielen. Als er dann wieder an die Öffentlichkeit trat, da geschah es mit der Ankündigung, daß er seinen Uebertritt zur Arbeiterpartei vollzogen habe. Die Gründe, die den alternden Staatsmann zu diesem Schritt veranlaßt haben, sind, wie er selbst damals festgestellt hat, philosophischer Natur gewesen; er hatte an den Kräften der alten Welt zu zweifeln begonnen und sah in der Arbeiterbewegung, die er in seiner langen, bewegten Laufbahn als liberaler Staatsmann niemals bekämpft hatte, die einzige Hoffnung auf eine bessere Welt.

Der Vorwurf, den die „Times“ gegen die Arbeiterpartei erhebt, als hätte sie die Bedeutung des Uebertritts Lord Halsdanes in ihre Reihen nicht zu würdigen gewußt, trifft die Partei mit nichten. Sie hat dem greisen Staatsmann sofort ihr volles Vertrauen geschenkt und ihn, in der Regierung Macdonalds zum Lordkanzler berufen. Wenn Halsdane keine tieferen Spuren in der Geschichte der britischen Arbeiterpartei zurücklassen wird, so nicht deshalb, weil man ihm kein Wirkungsfeld eingeräumt hätte, sondern nur, weil sich sein Scheitern schon dem Grabe zuzuneigen begann, als er sein Schicksal mit dem der Arbeiterbewegung vereinte.

Banzerkreuzer und kein Ende

Stellungnahme sozialistischer Bezirksorganisationen

Berlin, den 22. August (Radio)

Die Funktionärskonferenz der Sozialdemokratischen Partei Groß-Berlins nahm am Dienstagabend nach einem Referat des Reichstagsabgeordneten Franz Künstler folgende Entschließung an:

„Der Bezirksvorstand der SPD. Berlin stellt fest, daß der Beschluß der Regierung, den Bau des Banzerkreuzers A zu beginnen, im Widerspruch steht zu der Haltung der Sozialdemokratie in dieser Frage und zu den Voraussetzungen, die zur Regierungsbildung führten. Die Sozialdemokratische Partei Berlins lehnt daher die Mitverantwortung für die Bewilligung der 1. Rate ab und beschließt, die sofortige Einberufung des Reichstages zu fordern, um eine Entscheidung des neu-gewählten Reichstages über den Bau des Banzerkreuzers herbeizuführen. Sofern eine Einberufung des Reichstages nicht zu erreichen ist, werden die Genossen in der Regierung aufgefordert, die Wiederaufhebung des Beschlusses vom 10. August zu verlangen und im Falle der Ablehnung der Wiederaufhebung zurückzutreten. Ferner werden die Genossen in der Reichsregierung aufgefordert, die übrigen Raten für das Banzerschiff A abzulehnen.“

Die Konferenz beschloß außerdem, die Haltung des „Vorwärts“ in einer besonderen Funktionärversammlung zu besprechen.

*

Breslau, 21. August (Eig. Drahtber.)

Die Ortsgruppe Breslau der Sozialdemokratischen Partei nahm mit großer Mehrheit eine Entschließung an, in der die Verantwortung für die Handlungen des Kabinetts hinsichtlich der Banzerkreuzerfrage abgelehnt und die Einberufung eines Parteitagcs verlangt wird. In der Resolution wird außerdem die Zurückziehung der sozialdemokratischen Minister gefordert.

*

Kiel, 21. August

Am Montag tagten im großen Saale des Gewerkschaftshauses die Vertrauensleute der Sozialdemokratischen Partei von Groß-Kiel, um zu der durch den Bau des Banzerkreuzers entstandenen politischen Situation Stellung zu nehmen. Nach einem Referat des Reichstagsabgeordneten Genossen Engerstedt und mehrstündiger Aussprache faßte die etwa 500 Teilnehmer zählende Versammlung gegen nur eine Stimme folgende Entschließung:

„Die Vertrauensleute der Sozialdemokratischen Partei Groß-Kiel sind mit der Entschließung der Reichstagsfraktion und des Parteiausschusses einverstanden.“

Hakenkreuz und Sowjetstern

Endlich vereint!

Ein Hamburger Nationalistenblatt, das sich „Der Angriff“ nennt, veröffentlicht ein zeitgemäßes und lehrreiches Bild, um seiner Sympathie mit den Kommunisten Ausdruck zu verleihen. Man erblickt auf diesem Bilde einen Rotfrontkämpfer, der einem Hakenkreuzler die

Männerfaust drückt, zwischen ihnen strahlt groß das Symbol ihrer geistigen Verwandtschaft: ein riesiges Hakenkreuz, in das Hammer und Sichel Hakenkreuzerfaßungen sind. Ueber dem Bild steht man: „Der Tag der Erkenntnis, der Anbruch des dritten Reiches“. Unter dem Bild: „Brüder eines Volkes“ Hakenkreuz und Sowjetstern — sie haben sich wieder einmal gefunden. Aber „faschistisch verfaßt“ ist natürlich allein das „Reichsbanner“, — denn das hat die Ehre von den Faschisten allein gehabt zu werden.

Ein echter deutscher Bürger

Der Schwiegerohn des verstorbenen Reichspräsidenten Frh. Eberl, der Landrat Dr. Jaenecke in Zeitz, ist die Zielscheibe einer wüsten schwarz-weißen Verleumdungs- und Beschimpfungskampagne. Man spioniert sein Familienleben aus, man schießt Spione, die bei seinem Mittagessen nachschneffeln, um zu erfahren und öffentlich zu verweren, wie und was er zu Mittag isst. Täglich verichert man ihm auf Postkarten, daß er ein Lump, Schurke, Schuft, gemeiner Halunke sei. Man fordert auf ihm überhandten Karren auf, „den Hund totzuschlagen“. In einem jener Schmähbriefe heißt es:

Wielleicht blühen Ihnen, als gesegneter Landrat, auch noch die Gefängnis- oder Zuchthausmauern, es wünscht Ihnen — aber nicht zu lange — alles Gute ein echter deutscher Zeitzer Bürger vom früheren Militär.“

Natürlich anongm. Aber so sind sie, die echten deutschen Bürger. Die Feigheit und die Gemeinheit, das sind ihre Hauptkennzeichen.

Sie wollten Heilige werden

Der Hintergrund des Obregon-Mordes

Regizo, 22. August (Radio)

Die weiteren Ermittlungen der Polizei hinsichtlich der Ermordung Obregons haben ergeben, daß seit Monaten ein Komplott gegen Obregon, Calles und andere Persönlichkeiten der Regierung geschmiedet wurde. Am Dienstag wurden wiederum 12 Personen verhaftet, die mit der Mordtat im Zusammenhang stehen und übereinstehend gestanden haben, daß die Ermordung Obregons und Calles bereits im April geplant war. Aus den Geständnissen dieser Häftlinge ergibt sich außerdem, daß das kürzlich zu verzeichnende Bombenattentat auf das Parlament auf ihre Initiative zurückzuführen ist. Alle haben nach ihrem Eingeständnis unter dem Eindruck gehandelt, daß der Papst sie heilig sprechen werde.

Poincares Finanzpolitik

Ein Programm der Sparsamkeit

Paris, 21. August (Eig. Drahtber.)

Der von Poincare in der Stille seines Landausenhalts umgearbeitete Budgetentwurf für 1928 wird in den nächsten Tagen den Abgeordneten zugeleitet werden. In der Begründung des Entwurfs wird zunächst die Aufrechterhaltung des Gleichgewichts zwischen Einnahmen und Ausgaben als dringende Forderung bezeichnet und den einzelnen Ministerien der Vorwurf gemacht, daß sie in ihren Voranschlägen dem nicht genügend Rechnung getragen hätten. Es sei unmöglich, die Steuerpflichtungen des Landes noch weiter zu erhöhen; infolgedessen müßten reichliche Abstriche am Gesamtvoranschlag vorgenommen werden.

Während der ursprüngliche Entwurf ein Defizit von sechs Milliarden aufwies, ist der Mehrbedarf gegenüber dem Vorjahre jetzt auf eine Milliarde herabgedrückt. Ein eventuelles Defizit soll aus den Daweszahlungen gedeckt werden. Die Mehrausgaben für Heer und Marine, für die gegenüber dem Vorjahre vier Milliarden mehr angefordert worden waren, sind auf eine Milliarde herabgesetzt worden.

die besonders zur technischen Vorbereitung der einjährigen Dienstzeit und für Flottenneubauten verwandt werden dürfte. Die Subventionen für die Flugzeugindustrie wurden dagegen von 40 auf 80 Millionen erhöht. Das Verkehrsflugnetz soll erheblich ausgebaut werden. Besondere Aufmerksamkeit widmet das Exposé auch dem Dawesplan. Um die auf Grund des Plans erfolgenden Lieferungen voll auszunutzen, beabsichtigt Poincare der Kammer die Ausführung einer großen Anzahl öffentlicher Arbeiten vorzuschlagen, die besonders den Ausbau der Häfen und der Binnenschiffahrtsstraßen betreffen. Für diese Zwecke sind allein 1,2 Milliarden Sachleistungen vorgesehen.

Das sozialpolitische Programm ist in dem neuen Budget außerordentlich dürftig bedacht. Für die Verbesserung der Beamtengehälter, der Pensionen und der Kriegserrenten, deren Angleichung an den gesunkenen Goldwert über drei Milliarden erfordern würde, ist lediglich eine Milliarde ausgemessen, wovon außerdem mehr als die Hälfte auf die Militärerrenten entfallen sollen. Auch die von Poincare zugesagte Erleichterung der Steuerlast zugunsten der minderbemittelten Schichten bleibt den kommenden Jahren vorbehalten. Die einzige Konzession besteht in einer Erhöhung des steuerfreien Existenzminimums von 7000 auf 10000 Franken.

„Schlagt ihn tot!“

Das internationale Freudengeheul der Faschisten

Brüssel, 20. August (Eig. Drahtber.)

Im Kursaal von Ostende, wo der russische Sänger Schaljapin an einem Konzert mitwirkte, veranstalteten Faschisten große Kadavergeden gegen den anwesenden früheren Unterrichtsminister Huysmans und seine beiden Töchter. Den Vorwand dazu lieferte der Eingang der belgischen Prinzessin Stefanie. Das Orchester stimmte die belgische Nationalhymne an. Obwohl sich Huysmans wie alle anderen von seinem Sitz erhob, wurde von mehreren in seiner Nähe befindlichen Faschisten ein wütendes Geschimpfe gegen ihn losgelassen, weil er ein bereits vorher begonnenes leises Gespräch mit seinem Nachbar fortsetzte. Die Faschisten umringten Huysmans und schrien auf ihn ein: „Ver-räter, töte ihn!“ und machten Anstalten, ihn anzugreifen. Verschiedene spuckten um sich herum; einer schlug sogar mit einem Stock auf die Tochter Huysmans und eine andere sie begleitende Dame ein. Trohdem Polizeikräfte herbeigerufen und mehrere Faschisten in Haft genommen wurden, dauerten die Szenen auch nach dem Konzert noch an.

Es handelt sich hier um den ersten Fall, daß sich belgische Faschisten an einem sozialistischen Führer persönlich vergreifen. Die belgische Arbeiterpartei wird aus dieser Lehre die notwendigen Konsequenzen zu ziehen wissen.

Brüssel, 21. August (Eig. Drahtber.)

Am Dienstag nachmittag verlangten die Sozialisten in der Kammer die sofortige Behandlung einer Interpellation über die Vorfälle im Ostender Kursaal. Die Regierung mußte dieser Forderung dank der Entschlossenheit der Sozialisten entsprechen, obwohl der Justizminister abwesend war.

Der frühere Arbeitsminister Wauters wies in der Begründung der Interpellation auf die Verbindung zwischen der Kadavere Hymne bzw. der Mißhandlung seiner Töchter und der Straflosigkeit der Zerstörer der Sowjetausstellung, der Löwener Balustrade und des Gesetzes über die Hazardspiele sowie die Anwesenheit von faschistischen Polizeispizeln in Belgien hin. Das Gesetz werde keinesfalls genügend respektiert. Wenn die Regierung die verfassungsmäßigen Freiheiten nicht allen Belgiern garantieren könne, dann würden die Sozialisten sich selbst schützen müssen. Sie seien dazu fest entschlossen.

Ministerpräsident Jaspar wandte sich in seiner Erwiderung gegen die Faschisten und versprach im Namen des Justizministers, daß die Schuldigen ihrer Strafe nicht entgehen werden.

Karlsruher Abschluß

Der Ausklang des Karlsruher Verbandstages der Metallarbeiter brachte sehr scharfe Töne gegen das Treiben der Kommunisten. Der Vorsitzende Brandes stellte in einem Bericht über den Pariser IGB-Kongress und Internationalen Metallarbeiterkongress fest, daß die Rolle der Gewerkschaften internationaler Natur außer der Spaltung der Arbeiterschaft absolut nichts zur Verbesserung der Lage der Arbeiter geleistet hat. Gegen die Winterarbeit der „Opposition“ kündigte Brandes scharfe Maßnahmen des Vorstandes an, denn der Verband könne z. B. unmöglich dulden, daß in der Organisation besondere Unterstufungsvereinigungen zur Bekämpfung des Verbandes aufgezogen werden. Der Vorstand werde keine kommunistischen Ortsvereinigungen mehr bestreiten, wenn der Wahlkampf wie bisher mit Hilfe und Unterstützung geführt werde. Niederstirchner von Berlin glaubte, an Hand eines einseitig abgefaßten Protokolls der russischen Metallarbeitervertreter über die gescheiterten Einigungsverhandlungen die Russen reinwaschen zu können. Dieser mit untauglichen Mitteln unternommene Versuch wurde vom Sekretär der Eisen Internationalen, IIG, kurz und scharf abgelehnt. Den Kommunisten blieb die Sprache weg, als IIG das Doppelspiel der Russen aufzeigte, die erst über die Einigung verhandelten und dann sofort zum Kampf gegen den Metallarbeiterverband aufforderten. Der russische Verband, betonte IIG, wolle dem Bund nur beitreten, um ihn besser bekämpfen zu können.

Die scharfe Abrechnung mit der kommunistischen Zellenarbeit schloß mit der Annahme einer Entschliessung, in der gegen die Drangsalierung der Gewerkschaften in den imperialistischen, faschistischen und sowjetischen Staaten protestiert und allen unterdrückten Arbeitern die Sympathie des Verbandstages ausgesprochen wird. Gegen die Stimmen der Kommunisten wurde ferner eine Entschliessung angenommen, in der die Aufforderung der Moskauer Gewerkschaftsinternationale zur Forderung der Amsterdamer Gewerkschaften und zum Disziplinardruck aufs schärfste verurteilt und der Vorstand verpflichtet wird, alle desorganisatorischen Bestrebungen mit den Mitteln des Statuts aufs schärfste zu bekämpfen. Das Statut wurde im Interesse der strafferen Zusammenfassung der Organisation in verschiedenen wichtigen Punkten geändert. So sind z. B. künftig wahlberechtigt nur solche Mitglieder, die 13 Wochen dem Verband angehören und für diese Zeit ordentliche Beiträge entrichtet haben. Die Kommunisten bekämpfen natürlich diese Neuerung; in der Gesamtabstimmung wurde jedoch die Reform des Statuts mit überwältigender Mehrheit (gegen etwa 25 Stimmen) angenommen. Auch mit ihren Beschwerden gegen Ausschüsse stellten die Kommunisten glatt ab. Der Verbandstag trat ausnahmslos den Vorschlägen des Beschwerdeausschusses bei. Ebenso wurde mit großer Mehrheit gegen die Stimmen der Kommunisten beschlossen, daß die Wahlen zum Verbandstag und zu allen anderen Verbandskörpern nur nach einheitlichen gewerkschaftlichen Listen erfolgen. Die Niederlage der Kommunisten kam schließlich bei der Vorstandswahl besonders drastisch zum Ausdruck. Der bisherige Vorstand bleibt. In namentlicher Abstimmung wurde die Amsterdamer Vorschlagsliste mit 222 gegen 30 Stimmen gewählt.

In der Beschmelzungsfrage ist insofern ein Fortschritt zu verzeichnen, als durch eine Entschliessung der Vorstand erucht wird, mit den Maschinenisten, Heizern und Kupferschmiedern in Verhandlungen einzutreten, um eine Vereinerung herbeizuführen. Der Vorsitzende des Maschinenisten- und Heizerverbandes, Kiehe, teilte mit, daß sein Verband keine organisatorischen Hindernisse für die Verschmelzung sähe. Der Metallarbeiterverband würde, wie Brandes auf eine Anfrage Kiehes hervorhob, die Maschinenisten und Heizer aller Industrien übernehmen.

Die Einführung der Invalidenunterstützung ist vom Verbandstag mit mehr als Zweidrittelmehrheit im Prinzip beschlossen worden. Die zur Aufbringung der Mittel notwendige Beitragserhöhung wurde genehmigt, weitere Beitragserhöhungen wurden nicht beschlossen. An Stelle der

schwarzen, beitragsfreien Marken für Arbeitslose muß künftig eine Zehn-Pennigmarke pro Woche zellekt werden. Beschlossen wurde ferner die Einführung einer Unterstützung beim Tod der Ehefrau eines Mitgliedes, die von den Ortsverwaltungen bisher praktisch eigentlich schon geleistet worden ist. Die Streit- und Gemäßigtenunterstützung wird einem Beschluß gemäß künftig höher sein.

Die Karlsruher Tagung war eine arbeitsreiche Tagung. Sie wirkte vor allem gegenüber den kommunistischen Quertreibern wie ein reinigendes Gewitter. Der Verband geht aus der Karlsruher Woche gestärkt und gefröhlich hervor, gut gerüstet zu neuen Kämpfen.

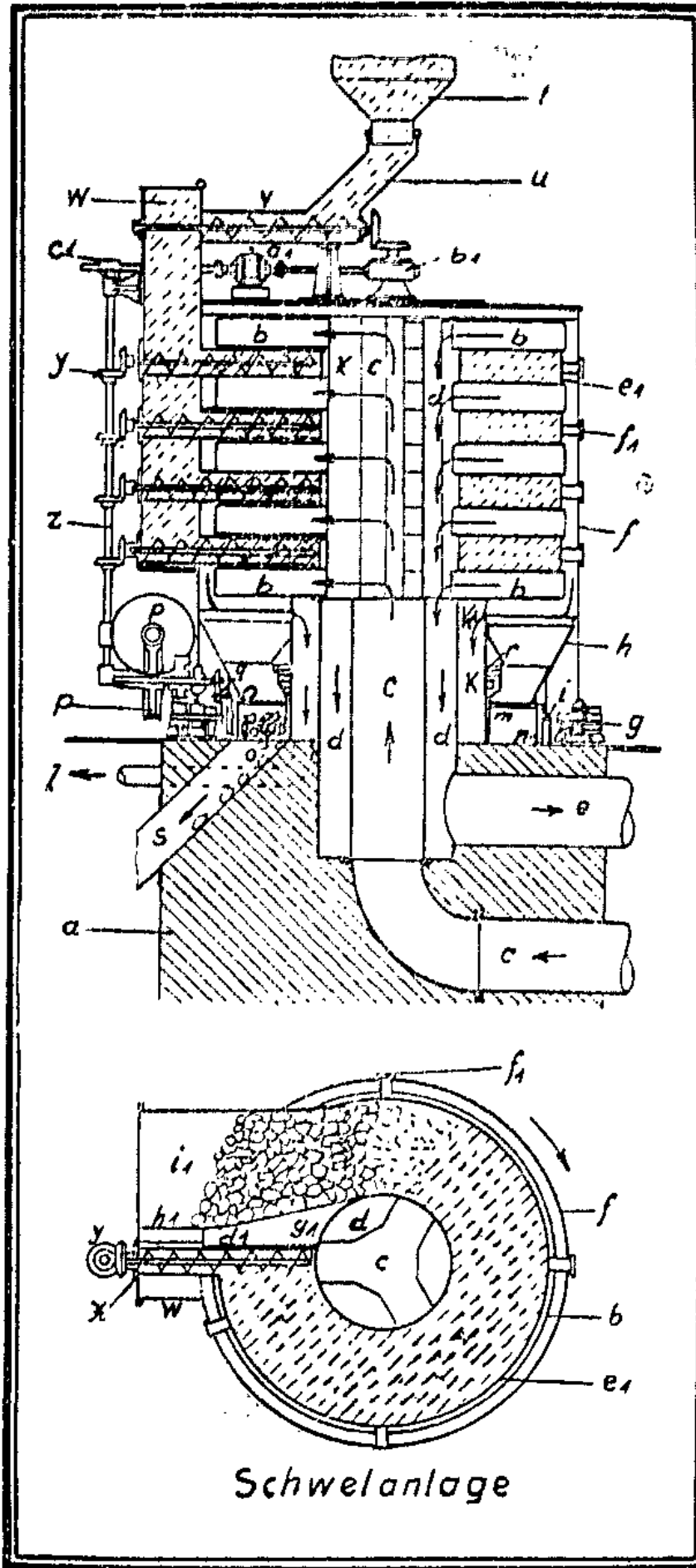
Kohlenverschmelzung

Auch wenn die nun schon seit Jahren tobende Kohlenkrise durch eine internationale Verständigung beigelegt ist, wird eine Reorganisation des gesamten Kohlenbergbaues notwendig sein. Die Beziehungen zwischen Kohlenbergbau und Kohlenveredelung, zwischen dem Bergbau und der Kohlenchemie erfordern eine neue Regelung. Der Bergbau gewinnt zwar einen der wichtigsten Grund- und Rohstoffe. Dieser Rohstoff erhält aber seinen besonderen Wert erst durch die Kohlenchemie. Die Reorganisation dürfte sich wohl in der Art vollziehen, daß beide Gebiete ineinander verwachsen; teilweise geht dieser Prozeß bereits in dem Uebergreifen der großen chemischen Trusts auf den Bergbau vor sich, andererseits bemühen sich die Gruben, kohlenchemische Anstalten zu entwickeln. Eine der wichtigsten Brücken zwischen der Grundindustrie und der Veredelung ist die Kohlenverschmelzung.

Die Kohlenverschmelzerie ist seit langem bekannt. Man gewinnt durch sie fest, flüssige Kohlenwasserstoffe, die wichtigsten Kohlenere und den Schwefelkohlenstoff. Allerdings waren bis vor kurzem Verfahren und Methoden im Gebrauch, die nicht reiflos beizubringen. Erst allmählich ist eine Verbesserung der Verschmelzung eingetreten. Bekannt sind die Erfolge der UG auf diesem Gebiete. Neuerdings hat man nun zwei andere Verfahren in Anwendung gebracht, die allem Anschein nach in der Verschmelzung einen großen Fortschritt bedeuten. Es handelt sich um die Verfahren von Turner und Plasmann. Das Turnersche Verfahren, das von der Firma The comae oil compagnie Ltd. Lanarshire entwickelt wurde, geht darauf aus, aus der Kohle sämtliche flüssigen Kohlenwasserstoffe ohne jeden Verlust zu gewinnen. Das Verfahren nach Plasmann ist darauf abgestellt, durch die Verschmelzung möglichst große Teerausbeuten und einen festen flüssigen Schwefelkohlenstoff zu erzielen. Bei dem Turnerschen Verfahren wird die Kohle zunächst in einer Vorheizkammer behandelt und dann erst in die eigentliche Retorte, wo der Verschmelzungsprozeß vor sich geht, überführt. Die für den Prozeß notwendige Wärme wird als überflüssiger, niedrig gespannter Dampf in die Retorte gebracht. Beim Aufsteigen durch die Beschickung macht der Dampf die flüchtigen Kohlenwasserstoffe aus der Kohle frei, die durch ein Rohr am Kopf der Retorte entweichen. Am Ende dieses Rohres ist ein Ventil angebracht, das mit Hilfe eines besonderen Dampfzylinders in Abständen von etwa 8 bis 10 Sekunden geöffnet und geschlossen wird. Ist das Ventil geschlossen, so erhöht sich der Dampfdruck in der Retorte. Beim Öffnen des Ventils tritt eine Druckverminderung ein, die ein augenblickliches Freiwerden der Kohlenwasserstoffe aus der Kohle bewirkt, und sie in einer schließenden Dampfzylinder mit großer Geschwindigkeit abführt. Die Vorteile liegen auf der Hand. Die Art und Weise der Abführung ermöglicht es z. B., die gesamte Menge an flüssigen Kohlenwasserstoffen zu erfassen.

Das Plasmansche Verfahren geht auf die Arbeiten der Chemisch-Technischen Gesellschaft in Duisburg zurück. Bei den Versuchen wurde Wert darauf gelegt, in erster Linie geringwertige Brennstoffe zu verarbeiten. Die Anlage nach Plasmann zeigt unser Schaubild. Es handelt sich um einen fertig betriebenen eisernen Ofen. Er besteht aus fünf Hohlzellen, die im Innern zahlreiche, miteinander in Verbindung stehende Kammern enthalten, und dessen Heizzugleitung (c) gleichmäßig von Heizzug durchströmt wird. Die Heizzug werden durch einen Zylinder (d), der die Heizzugleitung umgibt, in die Abgasleitung (e) abgelassen. Der ganze Rundzellenofen ist

mit einem Blechmantel (n) umgeben, der den Ofen gegen die Außenluft sicher abschließt. Die zu verarbeitenden Kohlen gelangen aus dem Vorratbehälter (1) mittels der Fördermaschine (f) in den Sammeltrichter (w). Die von der senkrechten Welle (z) angetriebenen Fördermaschinen (x) pressen die Kohle unter bestimmtem Druck in den zwischen zwei Hohlzellen gebildeten Verschickungsraum. Der fertig geschwefelte Koks wird dann durch den unmittelbar neben dem Schneidführungsblech (d1) liegenden



Schmelzanlage

schweren Austragskeil (g1) aus den einzelnen Rundzellen in den Kokschaufel (11) ausgetragen. Der ständig anfallende Koks fällt in die oberste Rinne (m) und wird von hier durch Kraber in eine Rutsche (s) und durch eine Schleuse oder einen Wasserverschluß unter Abfluß der Luft ausgetragen. Die Schwefelgase werden aus dem Ofen durch einen Sammelzylinder (k) und eine Leitung (l) zur Kühl- und Waschanlage abgefangen.

Die Anlage der Chemisch-Technischen Gesellschaft wird seit 1925 als Versuchsbetrieb geführt. Der entfallende Schwefelkohlenstoff ist von guter Beschaffenheit. Auf Grund dieser Versuche ist man zum Bau eines großen Rundzellenofens übergegangen, der täglich 50 T. Staub verarbeitet.

Jesus und Judas

Ein Roman aus dem Jahre 1883

von Felix Hollaender

35. Fortsetzung

Nachdruck verboten

Sie waren alle drei aufgesprungen, auf ihn zugezogen und blühten ihm starr in das Gesicht.

Höfke war der Bissen im Munde stengelgeblieben, und Silberstein hielt in der Rechten das Messer, in der Linken die Gabel. „Nitel... Ihren Bruder ermordet?“ fragte schauernd Trud, der die Arme über den Rücken gekreuzt, das Gehörte nicht lassen konnte.

„Ja, gemordet... mein armes Peter; und er haben verdorben außer mein Frühling, außer mein unglückliches Peter... noch die besten Jünglinge. Dieses Luder, dieses Schmutz sein nicht nur gewesen Spitzel deutsches, sondern sein gewesen vor Jahren auch in Diensten von russische Polizei. Er sich haben genannt Herr von Marowky und haben getragen damals ein Vollbart. Dieses Schurke haben gebracht nach Sibirien armen Substanten, die er vorgezwungen, daß er sei Revolutionär, nihilist von reinstes Wasser. Und mein armes Peter... er Intrigue wild auf... sein zugrunde gegangen in kaltes Sibirien, mein armes, unglückliches Peter! Aber ich mich werden rächen fürchtbar an dieses Hund, so wahr ich heißen Platon Simirenko... Das sein meine Geschichte, Herr Trud, das sein mein Interesse für dieses Kanaille.“

Sie schwiegen. Keiner versuchte mit leeren Worten den Unglücklichen zu trösten.

„Ach, Sie nicht können verstehen mein Leid, mein unendliches...“ begann er von neuem. „Sie nicht können wissen, was er sein gewesen für ein wunderbares Mensch. Wie er haben beschützt jeden, wie er nicht konnte sehen leiden seine Brüder, wie er sein eingetreten mit sein goldenes Herz für die Schwachen, wie er haben gearbeitet Tag und Nacht... und haben gedacht an nichts anderes, als zu reiten sein Vaterland. Und er sein gewesen so schön wie das Frühling... und er sein gewesen so rein wie das Frühling. Und Sie nicht können wissen, daß sein geworden wagnissüchtig... meine Mutter. Sie nicht können wissen... daß sein gestorben vor Gram mein Vater.“

Wieder packte ihn Schmerz und Wut... und wieder begann er aufzuheulen. Erschütterte folgte Trud dieser Sehne. Er sah nicht nur einen leidvollen Mann vor sich, er sah nicht nur durch Wundenhand das Glück eines ganzen Hauses zertrümmert... er sah hinter dieser Familientragödie ein ganzes Land aufstöhnen, das geknebelt, vergewaltigt, mit gekrümmtem Rücken, die Zähne in ohnmächtiger Wut aufeinandergepreßt... der Freiheit entgegenbarriere.

Der Russe knöpfte sich den Mantel zu und mit einem dumpfen: „Schlafen Sie wohl!“ trat er aus der Tür. Ihnen aber war die Stimmung zum Schmaufen gekommen. Schweigend drückten sie sich die Hände, und schweigend gingen sie auseinander. —

Große, gemeinsam durchlebte Ereignisse bringen die Menschen unbewußt aneinander, pflegen der beste Kitt der Freundschaft zu sein.

Im Hause in der Auguststraße, in dem die drei eine Zeitlang teilnahmslos neben einander gegangen, war die Stimmung umgeschlagen. Das Unglück des Russen hatte in ihren Gemütern tief und nachhaltig gewirkt und die Freunde von dem Trude, der auf ihnen lastete, gleichsam befreit.

Höfke war, wenn auch zurückhaltend, so doch freundlicher gegen Silberstein geworden, so daß dieser seine Blicke wieder freier erhob und förmlich aufzuatmen begann.

In den nächsten Tagen und Wochen hörten und sahen sie nichts von Simirenko, bis eines schönen Tages Trud und Höfke zu ihrer grenzenlosen Verwunderung jenen Arm in Arm mit Nitel vor der Universität trafen. Selbst Höfke brachte das aus der Fassung. Er stand mit offenem Munde da und traute seinen Augen nicht.

Carl Trud wandte den Kopf zur Seite, ihm war Nitel ein unerträglich Anblick. Der Russe war ihm in diesem Augenblicke rätselhafter denn je. Im ersten Momente glaubte er eine ihn verständigende Bewegung im Gesichte des struken Mannes wahrgenommen zu haben. Dann aber zeigten seine Züge wieder jene starrte Unbeweglichkeit, daß er es für Sinnestäuschung hielt.

Moachte, wer da wollte, aus jenem Flug werden... er gab es beinahe auf und suchte nur ratlos die Achseln, als er vernahm, daß jene nach wie vor mit einander hausten.

In den philosophischen Beeren kam Simirenko seltener und war womöglich noch einsilbiger denn früher geworden, während Nitel wohlweislich sich dort nicht mehr blicken ließ, überhaupt den Freunden, und besonders Carl Trud wie der Pest aus dem Wege ging. Allen Tellen war damit gedient, zumal Carl Trud, der von einer unbestimmten Furcht erfaßt, gepreßten Gemütes einhergeschlich.

Dieses dumpfe Angstgefühl, als könnten ihn plötzlich grelle Schicksalsblitze zu Boden strecken!... Es war ja reiner Aberglaube und kindlich und töricht zugleich. Aber was half's, daß er sich hundertmal des Tages seine Schwäche vorhielt... seine dunklen Ahnungen ließen ihn nicht los.

Er trug es verschlossen mit sich herum. Hier war etwas in seinem Wesen, das er niemandem enthüllen mochte. Hier fühlte er sich ein Einsamer trotz aller Freundschaft. Ja er empfand, daß diese unüberwindliche Scheu, diese künftige Zerrissenheit seines Innern zwischen ihm und jedermann eine steile Scheidewand aufkürzte.

Vielleicht... aber auch darüber war er sich nicht im klaren, möglich wäre es ja immerhin gewesen... würde er vor einem einzigen Menschen... der Lene... die Kraft besitzen, sich zu

zeigen, wie er war, im tiefsten Grunde seiner Seele. Aber war ihm denn selbst dieser letzte, dieser Urgrund seines Wesens bewußt? Schwante er nicht gerade hier wie auf wandendem Moorboden, selber der Krücke bedürftig? Nährte etwa diese ganze Stimmung von dem Heimlichen her... oder war er mehr als andere Menschen in der Freiheit seines Willens gebunden? —

Er ließ Kolleg... Kolleg sein und stürzte sich wieder in seine Wahlarbeit.

Auf der Straße begann er mit Fremden, denen das Glend mit eisernem Griffel auf dem Gesicht gemeißelt stand, von ungefähr ein Gespräch, um neuen Zündstoff in sich aufzusammeln, sich selber zu vergehen.

Was sollte daraus werden! Kleinmut überkam ihn, Kleinmut und Verzweiflung. Er suchte es zu verschlafen und verließ die ganze Woche hindurch erst am Mittage das Bett.

Jetzt wurden Höfke und Silberstein ruhig.

Da eines Tages... man stand am Ausgange des Juni... trat ein Ereignis ein, das eine völlige Umwandlung im Wesen Carl Truds hervorbrachte.

Er war vom Mittagessen direkt in seine Wohnung gegangen und wollte eben in den Hausflur treten, als Lene ihm entgegenstürzte. „Herr Trud“, flüster sie, „Sie haben Besuch. In Ihrem Zimmer oben ist ein alter Herr, der Sie zu...“

Er raste an ihr vorüber, eine unheilsschwere Ahnung hatte ihn gepackt. In diesem Augenblicke wurde ihm plötzlich... wie wenn im Dunkel der Nacht aufleuchtende Woge für eine kurze Spanne Zeit eine unheimliche Helle verbreiten... zum Entsetzen klar, was ihn gemartert hatte diese ganze Zeit. Das war's... das war's.

Er blieb einen Augenblick vor seiner Tür stehen und wuschte sich den Schweiß von der Stirn; dann machte er mit den Armen eine kräftige Bewegung, und während mit einem Male in sein Gesicht jener ihm eigene Zug eiserner Entschlossenheit trat, riß er die Tür auf.

„Vater... Wat... Herr Gott...“ Das Wort erstarrte ihm auf der Lippe. Zu fassen kaum, wie alt er in wenigen Monaten geworden.

Erschütterte blieb er auf der Schwelle stehen.

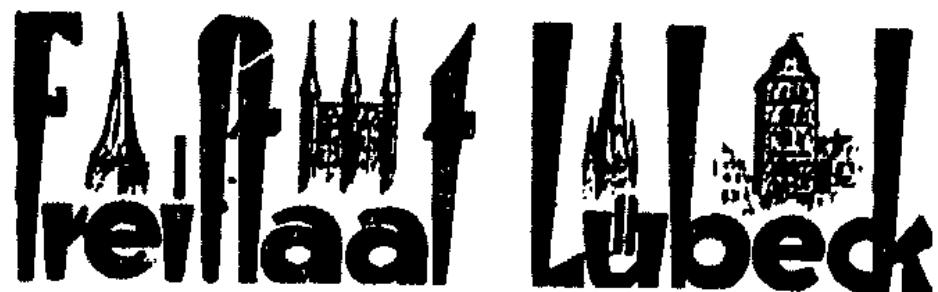
„Willkommen, Carl!“ Der Alte hatte sich erhoben und war auf ihn zugegriffen. Nun standen sich beide gegenüber. Weiden war dieselbe stämmige Gestalt, beiden derselbe Kopf. Auf den ersten Blick mußte diese Begegnung ins Auge fallen. Nach einer Pause noch einmal: „Willkommen, Carl!“

„Willkommen, Vater!“

Es gab kein Rückwärts mehr! Da ward ihm plötzlich frei zumute und er sah dem Alten voll in das Gesicht.

„Carl, weicht, weswegen ich hier bin?“ Er griff mit zitternder Hand in die Brusttasche und reichte ihm einen Fehlen Papier.

(Fortsetzung folgt)



Gemeinsame Aufgaben der Hansestädte

Die großstädtische Presse über Lübeck

Einige notwendige Richtigstellungen

Bei den Zusammenkünften der Senate der drei Hansestädte ist immer wieder darauf hingewiesen worden, daß eine möglichst enge Fühlungnahme miteinander notwendig sei und daß mehr noch wie bisher versucht werden müsse, auf den verschiedensten Gebieten gemeinsame Einrichtungen zu schaffen. Selbstverständlich bestand die Absicht, es nicht bei diesen Worten zu belassen, sondern auch entsprechende Taten daran anzuschließen. Die Erkenntnis, daß gerade die in vieler Beziehung gleichgerichteten Interessen der Hansestädte, besonders in Hamburg und Lübeck, eigentlich eine Art Interessengemeinschaft als von selbst gegeben erscheinen lassen, erfährt immer weitere Kreise beider Stadtstaaten. Auf solche Weise sind nicht nur Ersparnisse möglich, sondern es können auch wirtschaftlich für alle Teile vorteilhaftere Einrichtungen geschaffen werden. Diese einfachen Tatsachen sollten eigentlich von jedem begriffen werden, der an der zweckmäßigeren Neugliederung des Reiches im Sinne der Verfassung mitwirken will, um wirtschaftliche und kulturelle Höchstleistungen zu erzielen. Sie sollten aber nicht benutzt werden, eines der beteiligten Länder wirtschaftlich zu schädigen. Und das ist leider geschehen.

Im Berliner Tageblatt benutzt dessen Hamburger Korrespondent Dr. Alfred Frankensfeld jüngste Vorkommnisse zwischen Hamburg und Harburg, um über die wirtschaftlichen Verhältnisse der Hansestädte zu philosophieren. Dabei nahm sich der Verfasser Lübeck's im besonderen an. Sehr genau ist Frankensfeld aber nicht orientiert, wiewohl er sich den Anschein gibt, viel zu wissen. So trifft z. B. die Behauptung, in den Hansestädten belasteten die Verwaltungskosten den einzelnen Einwohner um ein Mehrfaches der größten deutschen Länder, für Lübeck nicht zu, denn es ist statistisch festgestellt, daß Lübeck in dieser Hinsicht unter dem Durchschnitt steht. Lassen wir aber den Verfasser selber sprechen. Er schreibt weiter u. a.:

Da sich indes herausstellt, daß die zum Teil mit großer Eile durchgeführten Verwaltungsreformen nicht ausreichen, die dauernde übermäßige Verteuerung des öffentlichen Lebens abzubauen, entwickelte sich der Gedanke der hanseatischen Verwaltungsgemeinschaft von Fall zu Fall, als Maßnahme einer gemeinsamen interterritorialen Rationalisierung des Staatsbetriebes. So haben vor allem Hamburg und Lübeck sich auf manchem sozialen Teilgebiet geeinigt. So schweben erfolgreiche Verhandlungen über eine Zusammenfassung des Strafvollzuges, in die nicht nur die drei Hansestädte, sondern auch mehrere benachbarte Länder einbezogen werden sollen.

Es ist gewiß kein Zufall, daß der Gedanke dieser jetzigen Verwaltungsvereinfachungen vor allem in Lübeck gefördert wurde, das in ein engeres Einvernehmen mit der großen Schwesterstadt Hamburg gelangen wollte. Lübeck wurde durch den Ausfall der russischen Dampfschiffahrt nach Kriegsende am schärfsten von allen deutschen Häfen betroffen. Obendrein sah es sich vor die starke Konkurrenz des rasch wieder aufblühenden preussischen Großhafens Stettin gestellt. So heißt es nicht mehr die eigene wirtschaftliche Kraft, um eine wirkliche Bedeutung als deutscher Ostseehafen zu erlangen. Die Lübeckischen Hafenanlagen sind zum großen Teil reichlich veraltet. Eine schon vor mehreren Jahren projektierte großzügige Reform ist aus finanziellen Gründen nicht durchführbar. So lag der Gedanke einer engeren Hafengemeinschaft mit Hamburg zunächst im Interesse der schwächeren Hansestadt. Dieser Hafengemeinschaftsplan Hamburg-Lübeck gründet sich auf die Möglichkeit, die Stadt an der Trave gewissermaßen zum hamburgischen Ostseehafen zu machen, hamburgischen Reederien die technische und wirt-

schafliche Möglichkeit zu geben, Lübeck als Ausgangspunkt neuer Ostsee-Unternehmungen zu benutzen, um so insbesondere den Handel nach Skandinavien und den baltischen Staaten zu befruchten. Die Durchführbarkeit einer derartigen Verbindung steht Reform und Ausbau des Lübeckischen Hafens auf dem Stand eines wirklich modernen Umschlagplatzes voraus, ferner die verkehrstechnische Annäherung beider wirtschaftlich eng zu verbindenden Städte. Man beschäftigt sich augenblicklich bereits stark mit der Schaffung eines rentablen Schnellverkehrs, der es ermöglichen soll, die 60 Kilometer lange Strecke Hamburg-Lübeck in knapp dreiviertel Stunden zurückzulegen und so Lübeck gewissermaßen zum Vorort von Hamburg an der Ostsee zu machen.

Nach dieser Darstellung sieht es so aus, als ob Lübeck am Ende seiner Kraft und der Witzstücker sei und von der Gnade Hamburgs abhängig. Richtig ist, daß Lübeck gern bereit ist, gewisse Einrichtungen mit Hamburg gemeinsam zu betreiben, sofern Ersparnis- und Zweckmäßigkeitsgründe dafür sprechen. Und Hamburg ist der gleichen Meinung. Das ist nichts Neues. Wir erinnern nur daran, daß bereits seit längerer Zeit gemeinsame Einrichtungen der Hansestädte geschaffen worden sind, so die Hanseatische Landesversicherungsanstalt, das Oberlandesgericht; und in neuerer Zeit der Hanseatische Flughafen. Die Frage der gemeinsamen Heilanstalt für Geistesranke steht vor dem Abschluß. Andere Dinge sind im Werden. Es liegen bei allen Projekten in Lübeck genau so wie in Hamburg rein praktische Erwägungen vor.

Und nun die Hauptsache: unsere Hafenanlagen. Die Konkurrenz von Stettin, das von Preußen stark unterstützt wird, hat Lübeck absolut nicht veranlaßt, sich in den Schmollwinkel zurückzugieken. Im Gegenteil war sie mit ein bestimmender Faktor, unsere Hafen erstklassig auszubauen und ihn mit den allerneuesten technischen Einrichtungen zu versehen. Um nur einiges anzuführen: die Zahl der Greifkräne nach den neuesten Systemen wurde vervielfacht, eine Getreidehebeanlage errichtet, die Kais unter Aufwendung vieler hunderttausend Mark verlängert, ein neues Hafenbecken, sowie eine Freizone geschaffen. Weiter ist festzustellen, daß Lübeck wieder einen außerordentlich regen Verkehr mit Dänemark, Schweden, Norwegen und Finnland aufzuweisen hat, der beweist, wie man gerade in den Ostseeländern Lübeck's Hafen zu schätzen weiß. Nicht zu erwähnen verzeihen sei, daß Lübeck mit einer Fahrrinne von 8 bis 9 Meter Tiefe an der Spitze aller deutschen Ostseehäfen steht. Auch hierfür werden dauernd große Mittel aufgewendet. Wenn wir dies hier anführen, dann nur, um zu zeigen, daß Lübeck durchaus gewillt und selbst in der Lage ist, seinen Hafen, der seine Lebensader darstellt, in jeder Beziehung auf der Höhe zu halten.

Im übrigen ist zu sagen, daß die Bestrebungen für engeres Zusammenarbeiten zwischen Hamburg und Lübeck in beiden Stadtstaaten verständnisvolles Interesse finden. Dieses Zusammenarbeiten wird sicherlich dazu beitragen, unliebsamen oder unelblichen Konkurrenzverhältnisse zu vermeiden. Es wird auch hoffentlich weiter dazu führen, daß nicht nur auf wirtschaftlichem, sondern auch auf verschiedenen Verwaltungsgebieten Ersparnisse erzielt werden. Es ist jedoch unverantwortlich, wenn, wie im Berliner Tageblatt geschehen, Bestrebungen zur Schaffung zweckmäßiger Verwaltungsgemeinschaften, die jeder begrüßen sollte, vielleicht unbeabsichtigt, dazu benutzt werden, die bestehenden Einrichtungen eines der beteiligten Länder herabzusetzen und damit dieses Land zu schädigen.

Sommerabend

Leberrn Walde hängt der Mond,
Der im weiten Himmel wohnt,
Dall beglänzt er Dorn und Feld,
Und zum Garten wird die Welt.

Menschen träumen nun im Schlaf;
Von dem Sphelne, der sie traf,
Jeder Obstbaum wartet still,
Was mit ihm wohl werden will.

Wanter Vollmond, mach mich fromm,
Dah ich in den Himmel komm,
Der uns immer offen ist,
Mund und reiß, wie du es bist!

Erhöhtes Lebensalter

Durchschnitt: 56 resp. 58 Jahre

Die Errechnung der Sterblichkeitsverhältnisse in Deutschland für die Jahre 1924/26 liegt jetzt vor. Aus ihr ist zu ersehen, daß das Durchschnittsalter der Männer von 48,8 Jahren im Jahre 1910 auf 56 Jahre gestiegen ist, das der Frauen sogar von 38,5 auf 58,8 Jahre.

Im einzelnen ergibt sich folgendes: Die Säuglingssterblichkeit ist seit Beginn des 20. Jahrhunderts um 41 Proz. gesunken. Es starben im ersten Lebensjahre in den Jahren 1924/26 151 vom Tausend der lebend geborenen Knaben und 98,9 vom Tausend der Mädchen. Im 3. bis 6. Lebensjahre ist die Sterblichkeit der Knaben und Mädchen auf $\frac{1}{2}$ bis $\frac{1}{3}$ ihrer früheren Höhe gesunken. Von den 10jährigen Knaben starben 1,4 vom Tausend und von den 10jährigen Mädchen 1,2 vom Tausend. Erheblich schwächer ist die Verminderung der Sterbefälle in den Altersstufen von 15—25 Jahren. Sehr erheblich ist der Rückgang der Sterblichkeit der erwachsenen Männer. Von 1000 dreißigjährigen Männern starben nur noch 4,1 gegenüber 5,8 im Durchschnitt der Jahre 1901—1910. Die Sterblichkeit der 35—40jährigen hat um rund 40 Proz. abgenommen. Bedeutend höher als die Sterblichkeit der erwachsenen Männer ist die der 30—35jährigen Frauen, hauptsächlich infolge der Gefährdung durch Schwangerschaften. Auch die Zahl der sterbenden Männer in der Altersklasse zwischen 45—50 Jahren hat mit einer Abnahme um rund 40 Proz. einen günstigen Stand erreicht. Etwas geringer ist die Abnahme in den höheren Altersstufen. Immerhin ist bei den Sterblichkeitsfällen der 70jährigen Männer eine Verringerung von 69,4 auf 58,1 und bei den Frauen von 62,1 auf 52,0 vom Tausend zu verzeichnen.

Die starke Abnahme der Sterblichkeitsziffer bedeutet eine Verschiebung des Altersaufbaues der Bevölkerung. Von einer gleich großen Masse lebend geborener Deutschen erreichen jetzt 12 von Hundert der Geborenen mehr das erwerbsfähige Alter als in den Jahren 1901—1910 und sogar 25 Prozent mehr als unter den Sterblichkeitsverhältnissen der Jahre 1871—1880.

Der Lübecker Arbeitsmarkt im Juli

Die Gesamtlage des Arbeitsmarktes für Männer im Juli 1928 hat sich um ein Geringes verbessert. Die Zahl der Arbeitssuchenden vermehrte sich um 74 auf 4899, die der Vermittlungen um 300. Die erhöhte Vermittlungsziffer ist auf die lebhaftere Nachfrage nach Arbeitskräften zur Erbsenernte zurückzuführen.

Die Arbeitsmarktlage bei den einzelnen Berufsgruppen war folgende:

Landwirtschaft: Infolge lebhafter Nachfrage der hiesigen Konervenfabriken nach Hilfskräften zur Erbsenernte fehlte hier eine rege Vermittlungstätigkeit ein. Es handelte sich jedoch größtenteils nur um kurzfristige Arbeiten für wenige Tage. Von den 244 zur Landwirtschaft vermittelten Arbeitern entfielen 188 auf die Erbsenernte.

Metallgewerbe: Die Zahl der Arbeitssuchenden ging etwas zurück. Leider verringerte sich aber auch die Zahl der Vermittlungen um reichlich 50 v. H.

Holzgewerbe: Hier blieb die Lage die gleiche wie im Vormonat.

Nahrungsmittelgewerbe: Die Zahl der Arbeitssuchenden und Vermittlungen verringerte sich um ein Geringes.

Baugewerbe: Es war hier nur eine geringe Zunahme an Arbeitssuchenden zu verzeichnen. Die Gesamtzahl der besetzten Stellen ging um 20 v. H. zurück.

Während für die Maurer die Lage unverändert blieb, verbesserte sie sich erheblich für die Zimmerer infolge eines Zuganges an Vermittlungen um fast 50 v. H. Für die Maler trat eine kleine Verschlechterung ein.

Für Handels- und Bureauangestellte blieb die Lage unverändert.

Ungelehrte Arbeiter: Trotz einer zahlenmäßig stärkeren Vermittlung war die Lage nicht günstiger als im Juni, da es sich bei den Vermittlungen durchweg um kurzfristige Arbeiten handelte.

Die Gesamtlage des Arbeitsmarktes für Frauen und Mädchen erfuhr leider eine kleine Verschlechterung. Wenn auch erhöhte Vermittlungsmöglichkeiten gegeben waren, so stieg doch auch die Zahl der Arbeitssuchenden bedeutend.

In der Landwirtschaft war auch hier wie bei den Männern infolge der Erbsenernte die Lage etwas günstiger als im Vormonat.

Im Metallgewerbe nahm sowohl die Zahl der Arbeitssuchenden als die der Vermittlungen zu.

Für das Nahrungsmittel- und das Bekleidungs-gewerbe verschlechterte sich die Lage durch erhebliche Zunahme an Arbeitssuchenden.

Im Gast- und Schankwirts-gewerbe sowie für häusliche Dienste veränderte sich die Lage wenig. Die Nachfrage nach Hausangestellten war größer als das Angebot.

Für Lohnarbeit wechselnder Art und für launmännliche Angestellte verschlechterte sich die Lage erheblich.

Für Bureauangestellte blieb die Lage fast unverändert.

Es wurden im Juli durchschnittlich 1277 männliche und 265 weibliche, sowie 1476 Familienmitglieder als Zuschlagsempfänger von der Arbeitslosenversicherung unterstützt. Die Zahl der Krisenfürsorge für die gleichen Gruppen lautet: 185, 11 und 199.

An Notstandsarbeitern wurden im Juli rund 185 beschäftigt, von denen insgesamt 4879 Tagewerke geleistet wurden.

Der Tarifvertrag für den Kolonialwaren-Großhandel allgemein verbindlich erklärt

Auf Antrag des Deutschen Verkehrsverbundes, Ortsverwaltung Lübeck, hat der Reichsarbeitsminister den Tarifvertrag für Lagerarbeiter und Arbeiterinnen, Röstereiarbeiter und Gefpannführer in Kolonialwaren-Großhandlungen allgemein verbindlich erklärt. Der räumliche Geltungsbereich der allgemeinen Verbindlichkeit erstreckt sich auf den Freistaat Lübeck. Die Allgemeinverbindlichkeit ist mit Rückwirkung vom 1. Juli 1928 ausgesprochen worden.

Deutscher Verkehrsbund, Ortsverwaltung Lübeck

Lübecker Verkehrsfragen

1. Straßenkreuzung am Moisinger Baum

Die Zunahme des Automobilverkehrs in Richtung von und nach Hamburg, teils in Richtung Moisinger Allee-Friedrich-Ebert-Platz, teils in Richtung über Moising-Genin-Kronsforder Allee und zurück, hat sich in einer ganz außergewöhnlichen Weise entwickelt, daß man die Straßenkreuzung am Moisinger Baum an den Sonn- und Feiertagen als einen Gefahrenpunkt stärksten Ausmaßes bezeichnen muß. Es ist von verschiedenen Bewohnern der Siedlung Heimstätten durch Zählung festgestellt worden, daß an einem Sonntag in einer Viertelstunde 176 Autos die Kreuzung Moisinger Baum passiert haben, das bedeutet die Vorbeifahrt von 11,7 Autos pro Minute oder alle 5,1 Sekunden 1 Auto.

Ein großer Teil der Autos bog am Moisinger Baum in Richtung Moising-Genin-Kronsforder Allee ab, um über die Sütztor-Allee oder über die Mühlen- und Königstraße nach der Travemünder Chaussee zu gelangen, der andere Teil nahm die Straße Friedrich-Ebert-Platz-Untertrave-Beckergrube nach der Travemünder Chaussee. Das Ziel fast aller Autos sind die Ostseebäder. Aber in entgegengesetzter Richtung kommen aus Moising Pferdebegepanne, Kads, Motorrad- und Autofahrer, um in die Hamburger Chaussee einzubiegen. Da nun die vorliegende Lage des Wirtshauses von Herrn Jäde jegliche Ueberfahrt über die Kreuzung versperrt, sind hier Zusammenstöße an der Tagesordnung. Wertwürdigerweise hat man f. Z., als man die Hamburger Straße mit Kleinpflaster verah, den eigentlichen Fahrdamm ausschließlich Geleisbreite für die elektrische Straßenbahn nur 3,5 Meter breit gepflastert, auf dem sich der große Verkehr abspielt, dagegen hat man den dort beginnenden Sommerweg in einer Breite von fast 3 Meter angelegt. Ein solch breiter Sommerweg mag in rein ländlichem Gebiete, wo der Personen- und Lastenverkehr sich vorzugsweise der Pferde bedient, gerechtfertigt sein, aber dem Autofahrer erwächst durch ein etwaiges Befahren des bei Regenwetter durchweichenden Sommerweges die Gefahr des Schleuderns und Abgleitens des Autos von der Straße. Aus diesen Gründen bin ich dafür, daß zunächst einmal der 3,5 Meter breite Fahrdamm aus Kleinpflaster um einen dem Sommerweg zu entnehmenden Streifen von 1,5 Meter verbreitert wird, Natürlich müßte diese Verbreiterung auch mit Kleinpflaster versehen werden. Es genügt, diesem Streifen eine Länge von etwa 100 Meter zu geben und ihn dann allmählich in einem spitzen Winkel an den vorhandenen Fahrdamm auslaufen zu lassen.

Um aber die Einfahrtstelle in Richtung Hamburg-Lübeck in die nach Moising führende Straße „Am Moisinger Baum“ überichtlich zu gestalten, muß das Gebäude der Gastwirtschaft des Herrn Jäde fallen. Ich erinnere bei dieser Gelegenheit an die Niederlegung des vorspringenden Hauses am Süßler Baum, welches die Ueberfahrt in die nach Cutin führende Chaussee, von Lübeck-Glesendorf kommend, versperrte. So hat eine derartige Forderung auf Niederlegung des Hauses Moisinger Baum für den Lübschen Staatsfadel klingen mag, liegt hier aber eine Notwendigkeit im Interesse des Publikums und der am Verkehr interessierten Fahrer vor. Die Autofahrer haben durch die Zahlung der gewiß reichlich bemessenen Automobilsteuer einen Anspruch auf eine verkehrssichere Gestaltung der Fahrtstraßen.

Im Interesse aller Fuhrwerksbesitzer, Kads, Motorrad- und Autofahrer liegt es, daß das holprige Koppflaster der nach

Motoring fahrenden Straße Am Motolinger Baum mit einer tadellosen Fahrdecke versehen wird. Durch entsprechende Höherlegung wäre die starke Neigung dieser über die Trave fahrenden Straße zu vermindern.

In diesem Frühjahr entwarf Herr Verwaltungs-Inspektor Mrdow einen brauchbaren Plan für den Autoverkehr innerhalb der Stadt Albed, der durch geschickte Benutzung der Einbahnstraßen eine merkliche Entlastung des Fahrzeugverkehrs im Innern der Stadt brachte. Es wäre wünschenswert, wenn dieser Plan um die Gegend am Motolinger Baum nach vollendeter Umgestaltung dieser Kreuzung erweitert würde.

2. Israelsdorfer Allee.

Ein weiteres Probehm des reibungslos anzustrebenden Verkehrs stellt uns die Israelsdorfer Allee mit ihrer zu geringen Breite ab Schweizerhaus Richtung Travemünde. Meines Erachtens ist sie bis an die Kreuzung nach Schlutup um mindestens 1 Meter zu schmal, daher auch die großen Schlaglöcher neben dem Klempfaster im Sommerweg. Von zwei sich begegnenden Autos normaler Breite muß die rechte Radseite des in Richtung Travemünde fahrenden Autos wegen ungenügender Breite des Fahrbahnbettes stets auf dem Sommerweg fahren.

Auch hier ist die große Gefahr des Schleuderns. Es nützt nichts, wenn man von Zeit zu Zeit die sich bildenden Schlaglöcher mit Schotter zulegt, die kleinen Steine werden von der Zentrifugalkraft am Radumfang gelodert und fortgeschleudert. Es wäre wünschenswert, wenn die Finanzbehörde einen entsprechenden Posten im nächsten Haushaltsjahr für die Verbreiterung der Israelsdorfer Allee vorsehen würde.

Friedrich Scharmer.

Vom Auto überfahren

Heute früh gegen 6 Uhr wurde ein Radfahrer beim Überqueren der Israelsdorfer Allee, bei der Stedlung Karlshof, von einem Personenauto überfahren. Der Führer des Autos brachte den schwerverletzten Radfahrer in das Allgemeine Krankenhaus.

In der Rakeburger Allee, bei der Stedlung Strecknith, ist gestern ein Fußgänger, welcher ein Fahrrad schob, von einem Auto angefahren worden. Der Fußgänger blieb unverletzt, jedoch ging das Fahrrad in Trümmer.

Der Gesundheitszustand der Bevölkerung in bezug auf ansteckende Krankheiten ist im Monat Juli d. J. unverändert geblieben. Masern haben mit 182 Erkrankungsfällen sich in dem gleichen Umfange gehalten, jedoch sind 5 Todesfälle, meistens bei Säuglingen zu beklagen. An Diphtherie erkrankten 16 Personen, an Scharlach 17. Es besteht die Gefahr, daß die Scharlachkrankungen weiterhin zunehmen, wenn die erkrankten Personen nach Abheilung zu früh mit gesunden in Berührung kommen. An Typhus erkrankten 3, Wochenbettfieber und spinaler Kinderlähmung je 1 Person. Dreimal starben Erkrankte an den Folgen von Geschlechtskrankheiten und 5mal an Lungentuberkulose.

Ueber Zahlungsschwierigkeiten der Firma Niehl & Fehling weiß der General-Anzeiger zu berichten. Die Firma Niehl & Fehling hatte in den letzten Jahren ihre Exportgeschäfte nach Liebesee erheblich erweitert. Durch diese Geschäfte war die Firma gezwungen, auch ihrerseits Kredite in Anspruch zu nehmen. Von den überseeischen Kunden sind die Zahlungen nicht so pünktlich eingegangen, wie zur Abdeckung der eigenen Kredite notwendig wäre. Der Firma sind durch die ausländischen Banken plötzlich Kredite gesperrt worden, das führte zu Zahlungsschwierigkeiten. Zurzeit sind aber aussichtsreiche Verhandlungen im Gange, ein Moratorium auf pari herbeizuführen. Die Firma will ihren Verpflichtungen bei Gewährung eines Aufschubes voll nachkommen. Die Störungen in den Zahlungen ihrer überseeischen Kunden dürfte auch nur vorübergehend sein, so daß bei einer Zahlungsstundung für die Firma Verluste nicht zu erwarten sind.

Pflanzenwunder in Blüte. Im Tropenpflanzenhaus Jagiella, Schwartauer Allee 229, ist die Königin der Blumen, die Victoria regia, aufgeblüht. Diese Riesblume mit ihren Blättern von 2 Meter Durchmesser blüht jetzt weiß und wird gegen Abend und die Nacht hindurch in Rot erglänzen. Ihre schönste Pracht wird dies Blumenwunder von heute nachmittags 5 Uhr ab die ganze Nacht hindurch bis morgen früh entfalten. Herr Jagiella ladet alle Interessenten zum Besuche ein.

pb. Die gestohlene Jagd des fälligen Doktors. Die Jagd des am 5. August in der Travemünder Bucht ertrunkenen Wälfing alias Dr. Noack ist, wie jetzt von der Kriminalpolizei festgestellt werden konnte, in Wald in Schweden gestohlen worden, wo Wälfing sich im vorigen Jahre, um hier der Strafverbüßung zu entgehen, aufgehalten hat. Der Eigentümer der Jagd hat dieselbe als sein Eigentum wiedererkannt und sie bereits abgeholt.

Eine internationale Fälscherbande

Millionensummen ergaunert

Die Berliner Kriminalbehörden haben einer internationalen Fälscherbande das Handwerk gelegt, die in zahlreichen europäischen Staaten große Banken um riesige Summen betrogen hat. Einer der Betrüger wurde in einem italienischen Restaurant in Berlin verhaftet, einen zweiten erzielte sein Schicksal auf dem Hauptbahnhof in Frankfurt a. Main. Das Haupt der Bande konnte am Montagabend in Marseille festgenommen werden. Die Mitglieder der Gesellschaft, die hauptsächlich mit

gefälschten Kreditbriefen

arbeiteten, sind Italiener. Einer der Betrüger, Ugo Marchesini, war ehemals Hofjuwelier des Königs von Italien.

Die erste Kunde von den Verbrechen erhielten die deutschen Kriminalbehörden vor einigen Wochen. Am 26. Juli war in der Filiale der Deutschen Bank in München ein Mann erschienen, der einen italienischen Paß auf den Namen Zwano Alessi vorzeigte und einen Kreditbrief der Yokohama-Spezie-Bank in Nagoya über 5800 englische Pfund vorlegte. Der Brief enthielt einen Vermerk über eine Auszahlung von 400 Pfund am 19. Juni in Yokohama. Alessi erhielt auf diesen Kreditbrief wunschgemäß 20000 Mark ausbezahlt. Einen Tag später, am 27. Juli, fand sich Alessi auf der Filiale der Deutschen Bank in München ein, um sich auch dort auf den Kreditbrief eine größere Summe auszahlen zu lassen. Er hatte jedoch, um nicht durch seinen großen Geldbedarf Verdacht zu erregen, das Datum der 1000-Pfund-Auszahlung durch die Deutsche Bank in München auf den 6. Juli vordatiert. Das wurde ihm zum Verhängnis. Der Sachbearbeiter erkannte sofort, daß es unmöglich sei, vom 19. Juni bis zum 6. Juli von Hongkong nach München zu kommen. Er behielt den Kreditbrief und den Paß zur Prüfung zurück und forderte Alessi auf, in einer Stunde wiederzukommen.

Der Schwindler ließ sich jedoch nicht mehr sehen.

Jetzt benachrichtigte man sämtliche Kriminalbehörden und Großbanken. Es wurde festgestellt, daß ein anderer Italiener

Beamte als Gepäckdiebe

In Breslau wurden kürzlich ein Zugführer und ein Packmeister verhaftet, die Jahre hindurch aus Packwagen von Fernzügen Expressgut und Reisegepäck geplündert hatten. Es hat sich jetzt herausgestellt, daß beide Mitglieder einer aus Bahnbeamten bestehenden Bande von Gepäckdieben sind. Vier weitere Mitglieder dieser Bande, zwei Zugführer und zwei Packmeister, sind inzwischen ebenfalls verhaftet worden. In ihren Wohnungen fand man große Mengen Diebesgut, insbesondere Kleider, Kleingewand, photographische Apparate usw. Die ungetreuen Beamten haben während der Fahrt in Packwagen die Koffer mit Nachschlüssel geöffnet und beklautet; sie plündern auch Kartons und Pakete. Weitere Verhaftungen stehen bevor. Einer der Diebe versuchte bei einer in seiner Wohnung vorgenommenen Hausdurchsuchung, auf den Leiter der Fahndungsstelle aus einem Revolver, der ebenfalls geraubt war, zu schießen. Es gelang, ihm im letzten Augenblick die Waffe aus der Hand zu schlagen.

Verhängnisvoller Familienstreit. In Waltershofen bei Freiburg im Breisgau wurde der Mühlenbesitzer Künze im Verlaufe eines Streites von seinen beiden Stiefsöhnen mit Revolvern erschossen. Die Täter wurden verhaftet.

Von brasilianischen Kopflägern getötet wurde die aus dem englischen Forschungsreisenden Fawcett, dessen Sohn und einem jungen Engländer bestehende Forschungs Expedition, die im Jahre 1925 nach den Urwäldern von Brasilien aufgebrochen war. Eine Hilfsexpedition hat jetzt ihr Schicksal ermittelt.

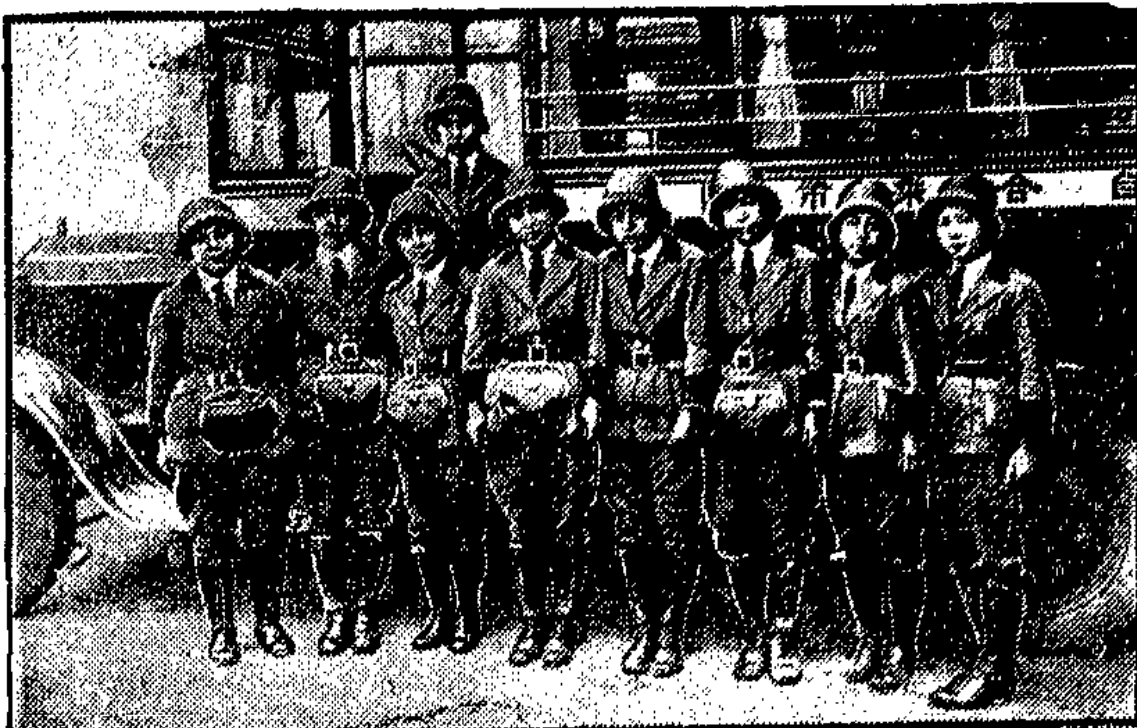
Kirche und Friedhof unter dem Hammer

In Thüringen werden nach dem „Berl. Tag.“ eine Kirche und ein Friedhof versteigert. Das thüringische Amtsgericht Camburg hat die Zwangsversteigerung des allodialisierten Rittergutes Würthhausen angeordnet. Zu einem echten Rittergut, besonders wenn sein Titel derart mittelalterlich nach einstiger Lehnsgefolgschaft klingt, gehören auch sakrale Realitäten, und deshalb führt die Anordnung des Amtsgerichts nach der Folge im Grundbuch viellos zwischen Feldern und Wiesen auch eine regelrechte Kirche nebst Friedhof auf. Wenn auch rechtlich alles in Ordnung ist, so ist das Ereignis doch wenig alltäglich, so daß es sich wohl rechtfertigen läßt, den Versteigerungstermin, den 4. Oktober 1928, einer breiteren Öffentlichkeit bekanntzugeben.

Vom Spiel in den Tod

In Flotow bei Schneidemühl spielten auf dem Grundstück eines Sägewerkes mehrere Kinder auf einem Bretterstapel. Der Bretterstapel brach plötzlich in sich zusammen und begrub einige Kinder. Zwei Kinder konnten nur noch als Leichen geborgen werden.

Einsturz einer Festhalle. In Braunschweig ist am Dienstag nachmittag auf dem Schützenplatz der Neubau der großen Kongresshalle zusammengestürzt. Ein Zimmermann wurde auf der Stelle getötet, zwei Bauarbeiter wurden leicht verletzt. Der Unfall ist wahrscheinlich auf einen plötzlich auftretenden starken Wirbelwind zurückzuführen.



Weibliche Omnibusschaffner

In Japan haben sich in letzter Zeit auch die Frauen immer weitere Berufe, die bisher Monopole der Männer waren, er-

obert. In Osaka sind in den letzten Tagen Hunderte von weiblichen Autobuschauffnerinnen eingestellt worden.

Tragödie einer unehelichen Mutter

Die Geburt auf dem Fabrikhof / Die Verzweiflungstat / Dann sich selbst im Gefängnis erhängt

In der Stadt Annan in Westfalen, einer ausschließlich Arbeiterstadt vor den Toren Dortmunds, spielte sich am Montag eine furchtbare Tragödie ab. Ein auf dem dortigen Gußstahlwerk beschäftigtes junges Mädchen wurde während der Arbeitszeit von den Wehen einer Geburt überrascht. Es flüchtete an einen einsamen Ort, wo es nicht beobachtet werden konnte und gebar hier einen Jungen. Mehrere Stunden muß das Mädchen nach den späteren Feststellungen verborgen gehalten haben, bis es die Kraft fand oder auch den Mut, sich nach Hause zu begeben. Die Mutter packte das Kind in eine Aktentasche und begab sich unbemerkt in ihre Wohnung. Hier muß sie die Verzweiflung gepackt haben wegen der

unehellen Mutterschaft, vielleicht auch wegen der Notlage, in die sie durch die Geburt geriet. So faßte die unglückliche Mutter den furchtbaren Entschluß, das Kind zu verbrennen. Sie heizte den Ofen ein und

verbrannte das Kind im Röhrenherd.

Die entsetzliche Tat blieb den Behörden nicht verborgen. Das Mädchen wurde bald darauf verhaftet und in das Wittener Gefängnis eingeliefert. Am nächsten Morgen fand der Gefängniswärter, als er die Mutter zur Vernehmung dem Untersuchungsrichter vorführen wollte, diese in der Zelle erhängt vor.

Es besteht kein Zweifel, daß die unglückliche Mutter in einem Zustand absoluter Unzurechnungsfähigkeit so gehandelt hat. Ein Fall, wie er in unbarmherziger Regelmäßigkeit immer wieder gemeldet wird.

Ein neuer Fall vieler von gestern, die erschütternde Anklage gegen unsere Gesellschaftsordnung und ihre Moral sind. Das Vorurteil gegen die uneheliche Mutter und der wirtschaftliche Zwang, bis zuletzt an der Arbeitsstätte auszuharren, ergeben die Voraussetzungen für unentschuldbare Tragödien, die den fasschen Scheinfrieden unserer Zeit erbarmungslos entlarven.

Gas über Stockholm. In Stockholm brach während der Nacht im Keller des Exerzierhauses ein Feuer aus, durch das eine Anzahl Munitionskisten aus Explosion gebracht wurden. Dabei kamen auch Trockenpatronen und Nebelbomben zur Entzündung. Ein Feuerwehrmann wurde durch eingestürztes Gas ohnmächtig. Die Löscharbeiten gestalteten sich durch die ausströmenden Heizgasen äußerst schwierig. Man nimmt an, daß die Explosion durch Selbstentzündung verursacht worden ist.

Verurteilte Taschendiebe. Das Amtsgericht Berlin-Mitte verhandelte am Dienstag gegen eine Gruppe internationaler Taschendiebe, die anlässlich der Empfänge der deutschen Ozeanflieger von Paris nach Deutschland herbeigeeilt waren. Die Gauner suchten sich vornehmlich ihre Opfer an Bahnhöfen und Verkehrsstationen. Einer der Taschendiebe, ein Wiener „Reisender“ Weber, konnte in dem Augenblick erwischt werden, als er in einem Wagen der Untergrundbahn einem Wiener Kommerzienrat die Brieftasche gestohlen hatte; dabei hatten ihn ein rumänischer Seemann Semkov und der Franzose Gustav Meier „gedeckt“. Das Gericht verurteilte die drei Angeklagten zu je einem Jahr Gefängnis.

Die noble Reichsbahn. Ein ausgebildeter Lokomotivführer hatte kürzlich ein großes Eisenbahnunglück dadurch verursacht, daß er einen umfangreichen Schienenbruch meldete, der auf dem Hauptgleise der Station Ohligs entstanden war. Wie der „Bayrische Kurier“ meldet, hat die Reichsbahnverwaltung ihrem ehemaligen Beamten eine Belohnung von 40 Mark zuerkannt, bei deren Auszahlung gleich zehn Prozent als Steuer in Abzug gebracht wurden.

sich am 26. Juli auf einen Kreditbrief über 12000 Mark etwa 18000 Mark von der Münchener Filiale der Dresdner Bank hatte auszahlen lassen.

Alessi, der in Wirklichkeit Umberto Luigi Milani heißt, in Rom geboren und wegen zahlreicher Verbrechen verurteilt ist, konnte in dem italienischen Restaurant Sorrento in der Anhalterstraße in Berlin verhaftet werden. Er gestand die beiden Verbrechen bei den Filialen der Deutschen Bank in München und Nürnberg ein. Die Kriminalbeamten bewachten dann das Zimmer des Betrügers in der Wilhelmstraße in Berlin und fingen eine an „Alessi“ gerichtete Depesche auf, wonach er sich auf dem Hauptbahnhof in Frankfurt am Main einfänden sollte. Daraufhin gelang es, den Absender des Telegramms ebenfalls festzunehmen. Er entpuppte sich als der

ehemalige Hofjuwelier des italienischen Königs,

Ugo Marchesini, der 65 Jahre alt ist und mehrere Raubüberfälle und Einbrüche auf dem Gewissen hat. Er hatte das für ihn so verhängnisvolle Telegramm aus Marseille abgeschickt. Hier war der Sitz der Bande. Ihr Haupt, ein Mann namens Alfredo Palmieri, und ein anderes Mitglied der Bande, dessen Name noch nicht bekannt ist, konnten dort festgenommen werden. Die fünf Brüder Palmieri, die zu der Schwindlerbande gehören, sind bisher noch nicht erwischt worden.

Das Ausmaß der von der Bande mit ungeheurer Geschwindigkeit und Raffinement vorgenommenen Betrügereien läßt sich noch nicht übersehen. In den letzten Monaten sind in Holland, England, in der Tschechoslowakei, in Frankreich und Belgien die größten und angesehensten Bankhäuser um gewaltige Beträge geprellt worden. Eine

Hamburger Bank ist von den Betrügern vor einigen Monaten um 100000 Mark betrogen worden.

Verschiedene holländische Banken sollen um mehr als eine Million Gulden erleichtert worden sein. Man nimmt an, daß die Betrüger auch Bankrottbrüche und Raubüberfälle verübt haben.

Norddeutsche Nachrichten

Medienburg

Schwerin. Lotterieschwindel. Der Geschäftreisende Hugo Thony aus Lübeck gründete in Grevesmühlen, Mülln und anderen Städten sogenannte „Lotterieküben“, zu denen er auf eigenhändige Weise Mitglieder heranzuziehen suchte. Er suchte in den Städten die Geschäftsinhaber auf und empfahl ihnen, in dem in seinem Verlage erscheinenden Reklamebuch zu inserieren. Sie erhielten je 60 Bücher und für jedes Buch 40 Marken, die sie an ihre „besseren“ Kunden verteilen sollten. Die Inhaber dieser Marken sollten Anspruch auf Gewinnbeteiligung von 10 Anteilen haben, welche bei einem Vertrauensmann im Orte hinterlegt wurden. Bis zur 3. Klasse beschaffte der Angeklagte die Lose. Dann studierte das Lotteriegeschäft. Der Drucker des Reklamebuches erhielt keine Bezahlung. Die Geschäftsleute hielten das Unternehmen für Schwindel, und die Inhaber der Lotteriemarken sahen ein, daß sie bei einem so geringen Lotterianteil selbst bei einem großen Gewinn nur Weniges erhalten könnten. Das Unternehmen ging in die Brüche. Der Angeklagte wurde vom Schöffengericht zu einer Gefängnisstrafe von einem Monat verurteilt. Seine gegen das Urteil eingelegte Berufung hatte Erfolg. Der Angeklagte wurde von der Strafkammer Schwerin freigesprochen. Das Unternehmen des Angeklagten in vier Städten sei als eine einheitliche Begangenschaft anzusehen, wofür er bereits von anderen Gerichten abgeurteilt worden sei. — Dem findigen „Lotterietollekteur“ hat das Geschäft in den vier Städten über 1200 Mark eingebracht.

Hagenow. Bayerische Sonntags-Gaudi. Im Dorfe Ruchstorf bei Hagenow hat sich in der Nacht zum Montag eine gefährliche Messerfehde abgepielt, bei der mehrere Personen schwer verletzt wurden. Bei der Tanzfestlichkeit eines Radfahrervereins gerieten unter dem Einfluß des Alkohol-Mißbrauches aus geringfügiger Ursache zwanzig bayerische Arbeiter, die in der Gegend von Hagenow-Land an der Bahnstraße beschäftigt sind, mit einigen Festteilnehmern in Streit. Es entstand ein wilder Tumult. Die Festteilnehmer mußten zum größten Teil durch die Fenster aus dem Saal flüchten. Mit den verschiedensten Gegenständen warfen und schlugen die Streitenden aufeinander ein. Schließlich zogen die Bayern die Messer. Der Stellmacher Kühn, der bereits durch wuchtige Stöße zusammengebrochen war, wurde in seiner hilflosen Lage von einem Bayern in roher Weise noch mit dem Messer bearbeitet. Er erhielt mehrere tiefe Messerwunden in den Hals und blieb mit lebensgefährlichen Verletzungen blutüberströmt liegen. Drei weitere Personen, darunter eine Frau, wurden ebenfalls erheblich verletzt. Neun Personen wurden verhaftet und dem Amtsgerichtsgefängnis in Hagenow zugeführt. Die Einrichtung des Saales wurde bei der Schlägerei schwer demoliert.

Naturfreunde-Tagung in Zürich

Zürich, 18. August

Im Sitzungssaal des Züricher Rathhauses eröffnete der Präsident des Gesamtvereins Nationalrat Volkert-Wien die internationale Tagung der Naturfreunde. In überaus trefflichen Sätzen wußte er die Tätigkeit der Naturfreunde als Glied der gesamten internationalen Arbeiterbewegung zu umschreiben und fand herzliche Worte für die Gastfreundschaft der Schweizer Genossen.

Im Namen der Stadt Zürich hieß Stadtrat Genosse Gehring die Tagung willkommen und dankte für die Wahl des roten Zürichs als Tagungsort. Hier sei es gelungen, erst in letzter Zeit eine sozialistische Mehrheit zu erringen. Er hob weiter die Wichtigkeit der Naturfreundearbeit für die Allgemeinheit hervor und wies insbesondere auf die wertvollen literarischen Arbeiten der gesamten Naturfreundepresse hin. Genosse Wildung als Vertreter der Luzerner Sportinternationalen und gleichzeitig der Zentralkommission für Arbeitersport und Körperpflege in Deutschland betonte, daß die Naturfreunde die ersten freien Sportler waren, die sich den internationalen Gedanken vorgelegt haben. In den letzten Tagen habe man in Brüssel beim großen Soz. Kongress zusammengesehen, um die führenden Genossen aller Länder von der Sendung der Arbeitersportbewegung zu überzeugen. Gleichzeitig übermittelte er die herzlichsten Grüße von 1 1/2 Millionen deutscher Arbeitersportler. Die Schweiz sei in der Fülle ihrer Naturschönheiten für diese seit jeher das Land der Sehnsucht. Die Naturfreunde hätten die wunderbare Aufgabe ihrer Arbeit gerade den ärmsten Volksgenossen an den Schönheiten der Welt teilnehmen zu lassen. Professor Dr. Landert-Wien überbrachte die Grüße der österreichischen Arbeitersport- und Kulturorganisationen und betonte, daß wir die tiefste und innigste Verbindung durch den Sozialismus erhielten. Vom Rekordfieber seien die Arbeitersportler nicht angekränkt und sie erblickten ihre vornehmste Aufgabe darin, den Arbeitsmenschen zu höherem Menschsein zu erziehen. Ein „einig Volk von Brüdern“ sollen wir sein, das die Berge freihält vom Eigeninteresse der anderen und Grundsatz müsse werden, daß nur der genieße, der die Werte schafft.

Zum Präsidium wurden die Genossen Volkert-Wien und Steinberger-Künderberg bestimmt. Der Sekretär der Zentrale, Genosse Happpich aus Wien gab den Bericht über den Gesamtverein. Er blickte zurück, wie vor 28 Jahren in Wien die erste Hauptversammlung in dem Nebenzimmer einer dürftigen Vorstadt-Wirtschaft tagte und zog eine Parallele zur heutigen imposanten Versammlung im Festsaal des Züricher Rathhauses. Ein beispielloser Aufstieg sei zu verzeichnen. In folgenden Ländern habe die Bewegung sich weiter ausbreiten können: Österreich, Deutschland, Schweiz, Tschechoslowakei, Ungarn, Frankreich und Nordamerika. Auch in Australien sei eine Naturfreunde-Gruppe gegründet worden. Die Südtiroler Genossen haben trotz der Auflösung durch die Faschisten treu zur Fahne gehalten; in Polen, Bulgarien sind wir in unserer Arbeit zurückgegangen und in Norwegen auch weiterhin klein geblieben. Holland jedoch habe sich wunderbar entwickelt.

Ganz bedeutenden Aufschwung hat bei jung und alt der Wintersport genommen, ebenso das Wasserwandern. Auch die Pflege der Naturwissenschaften und Heimatkunde gewinnt immer mehr an Boden, vorzüglich in den deutschen Ortsgruppen. Er betrachtete ferner die wechselnde Mitgliederbewegung in Deutschland und deren Hintergründe. Wien habe den einzig dastehenden Aufstieg auf 43 000 Mitglieder in einer Ortsgruppe zu verzeichnen. Naturfreundehäuser stehen in Deutschland 290, in Österreich 65, in der Schweiz 42, in Holland 32, in der Tschechoslowakei 15, in Amerika 4, in Frankreich 3, in Ungarn 3, in Polen 1. Im ganzen öffnen 395 Heime ihre Tore, um erholungsbedürftige Arbeiter in ihren leider noch zu stark beschränkten Urlaubstagen aufzunehmen.

Dem Zentralausschuß ist es gelungen, im Sonnblidgebiet bei Rohn-Saiarn ein alpinen Schutzhäuser zu erbauen und ebenso

Der Krieg als Kulturfaktor

Dokumente aus Deutschlands „großer Zeit“

Es lohnt sich schon, in alten Zeitungen, Zeitschriften und Broschüren zu blättern und denen, die es nicht glauben wollen, in Erinnerung zu rufen, wie deutsche „Dichter“, Geistliche und ähnliche Kulturträger über den Krieg gedacht haben. In der „Mschaffenburg Zeitung“ findet sich in einer Nummer vom August 1914 dieser Vers:

„Gegen die englischen Lumpenhunde
Erschlagt kein Witz die Schlangensaat,
Ersäuft kein Meer die Brut,
Dann, Deutschland, zeichne deinen Pfad
Mit ihrem Schlangensblut.“

Von einem Landsturmmann Leonhardt stammen folgende Sätze, die eine große Berliner Zeitung druckte:

„Gott, gib uns Menschen zum Ermürgen!
Guter Gott, laß doch ein paar Spione ins Land,
Und gib mir eine einzige russische Gurzel in die Hand!“

Nicht nur brave Landsturmmänner gerieten außer sich. Deutschland, das Land der Dichter und Denker, sah auch diese in „heller Begeisterung“. So subelte Sudermann:

„Unser einziger Wunsch ist geben,
opfern, was man ist und liebt,
leben, leben — dreimal leben,
daß es dreimal Tote gibt.“

Die „Vereinigung der Kunstfreunde“ (1) brachte im Oktober 1914 eine Postkarte mit diesem Kunstgedicht in die deutsche Öffentlichkeit. Sie bleibe für jedes Kunstmuseum erhalten:

„Bei Mitttag war es gar fein,
Zupphelbi, zupphelbi!
Wir schlugen Tür und Fenster ein,
Zupphelbi, zupphelbi!
Und hält man uns die Freud' vergönnt,
Wir hätten's ganze Nest verbrennt!“

Die Vertreter der christlichen Nächstenliebe vergaßen ihre

Redigten über das fünfte Gebot und fanden die wärmsten Worte zur Förderung und Verteidigung des Mord- und Blutgeschäfts. Ein schönes Beispiel dafür:

Schädel einschlagen als Gottesdienst

„Unsere Schuld ist es nicht, wenn wir in der Mutart der Soldaten auch die des Henkers verrichten müßten. Dem führen ohne Scheu; er soll dem Feind das Bajonett zwischen die Rippen rennen, er soll sein Gewehr auf ihre Schädel schmettern; das ist seine Pflicht, das ist sein Gottesdienst.“ (Divisionssparrer Schlettler.)

Der Dormprediger G. Tolzien brachte den U-Boot-Krieg mit den Lehren Christi in Einklang. Ein Kunststück theologischer Dialektik, das geradezu fabelhaft ist:

„Unterseeboote sind gewiß leblos, unchristlich. Sie sind genau so ungerecht, wie der Mammon. Gerade darum entlassen wir ihnen nimmer. Wir brauchen sie, wie wir nach Jesu eigenen Worten den Mammon brauchen sollen. Das ist eben das Schöne, daß wir bei dem allen das Wort Jesu für uns haben.“

Noch besser kann es der evangelische Pfarrer Sigismund Nauh. Nach seinen Worten ist sogar Frauenhändlung mit christlicher Sittlichkeit vereinbar. Er schrieb im „Tag“ vom 4. Dezember 1914:

„Es ist ganz falsch, im einmal ausgebrochenen Frankfurterkrieg nur die „Ertappien“ zu strafen, nach des Krieges sittlichen Gesetzen ist das ganze Volk „ertappi“. Wenn der Heerführer trotzdem unter allen Umständen Plünderung und Frauenhändlung verbietet und verhindert, so geschieht das um der Moral der Truppen willen. Das feindliche Volk hätte nicht einmal hierauf meh: ein sittliches Unrecht.“

Wenn man diese Zeilen gelesen hat und an den im Jahre 1914 „rechtzeitig“ ausgebrochenen Krieg denkt, dann kann man auf die Redakteure dieses Buches verzichten. Wi. Wo.

Arbeiter-Jungen! Arbeiter-Mädels!

Auf zum Kinderfest der Roten Falken

am 25. und 26. August

Erwachsene Eintritt frei. Kinder für Kaffee und Kuchen 40 Pfg. — Karten sind bei den Roten Falken zu haben. Näheres im Programm.

Geräuschlosigkeit erhöht die Arbeitsleistung

(Amerikanische Versuche)

500 Löhner = 50 Prozent Lärm. Das ist die neue Formel, die man in Amerika für das geräuschlose Bureau erfunden hat. Amerika hat den Lärm satt, den seine Maschinen vor allem alltäglich produzieren. Selbst die Kerzen des smartesten Amerikaners können auf die Dauer nicht die notwendige Konzentration des Willens mehr herbeiführen, wenn die Luft dauernd unter dem Geräusch der stampfenden Maschinen erbebt, wenn von allen Seiten das Geklapper der Schreibmaschinen, der Lärm der Automaten auf den Angestellten eindringt. So wird denn Amerika, das uns das tollende Band besetzt hat, jenes Ungeheim, das die Produktion vermehrt und die menschliche Tatkraft immer mehr vereinfacht, Amerika wird uns nun das geräuschlos organisierte Bureau beschreiben.

zum größten Schrecken des Alpenvereins das Berggasthaus Marienhöhe am Großglockner zu erwerben. Die Kassenverhältnisse des Gesamtvereins sind wohlgeordnet. In der einliegenden Wechselrede sprachen zunächst Vertreter der einzelnen Länder. Der Vertreter Frankreichs sprach davon, daß der Ruf des Franzosen Jacques Rousseau „Zurück zur Natur“ erst den Umweg über Wien machen mußte, um jetzt erst nach Frankreich zu den Arbeitern zu gelangen. Ein Vertreter Ungarns schilderte die behördlichen Verfolgungen der ungarischen Genossen, aber trotzdem ging es aufwärts. Ein reichsdeutscher Vertreter versuchte die Aussprache teilweise auf parteipolitische Gebiete zu verschieben, blieb aber mit seiner Anschauung ziemlich isoliert. Der Bruderzwist scheint nun auch im T. B. „Die Naturfreunde“ sein Ende gefunden zu haben. Genosse Schröder-Bielefeld brachte mit seiner Rede den Höhepunkt des ersten Versammlungstages. Der Geist der Großzügigkeit müsse den Verschiedenheiten der Länder Rechnung tragen. Kein Haber dürfe die alten und neuen Aufgaben der Naturfreundebewegung stören; durch Naturbetrachtung müsse man zur Naturerkenntnis und dann durch kameradschaftliches Wirken zum Sozialismus kommen. Die Zeitschrift des Vereins der „Naturfreunde“ müsse auch fernerhin das geistige Bindeglied bleiben, das alle Naturfreunde vom Meeresstrand und von der Heide bis in die tiefsten Gebirgswinkel hinein verbinde. Mit den Naturfreundehäusern sei ein großes Stück Sozialismus, eine gewaltige soziale Leistung vollbracht worden. Die Herzen der Arbeitermänner müßten glühend gemacht und in den Hirnen die Fackeln angezündet werden, um zur Würde des sozialistischen Menschen zu kommen.

Briefkasten

H. H. Nach Ihrer Darstellung werden Sie wohl kaum auf eine Abfindung rechnen können. Sie können ja einen Versuch machen. Die Eingabe ist an das Reichswehrministerium in Berlin zu richten.

Handel und Wandel



1 Zentner Äpfel = 5,- Mt.
+ 2 Zentner Zwischenhändler = 10,- Mt.
= 1 Zentner Äpfel = 15,- Mt.

Warum auch nicht? Amerika konstruiert Pillen, die das Essen überflüssig machen und den Menschen systematisch ernähren, Amerika erfindet Apparate, die den Verstand messen, Amerikas Gelehrte wollen das Pulver erfunden haben, das den Schlaf überflüssig macht, warum also soll Amerika nicht den Weg finden, durch das geräuschlose Bureau die Arbeitsleistung des einzelnen noch zu verdoppeln. Die Schematisierung der Arbeit war die Folge und die Voraussetzung der maschinellen Arbeitsleistung. Die Gesamtheit der Arbeitskräfte wurde in ein System gebracht, wurde zu einer Einheit von Gliedern organisiert, die genau so maschinemäßig ineinandergreifen, wie das feinste Uhrwerk. Diese Schematisierung der Arbeit konnte bei der Masse nicht halt machen, sie mußte naturgemäß zur Systematisierung des Individuums, der Einzelarbeit führen. Nicht nur die Menschen wurden organisiert, sondern auch der einzelne wird in seinen Funktionen neu organisiert. Wenn man eine Maschine verbessern kann, sagen die amerikanischen Ingenieure, so kann man auch den Menschen verbessern. Sehr viel komplizierter als unsere modernen Maschinen ist der Mensch als Arbeitsmaschine auch nicht, es ist deshalb nur notwendig, die Hemmungen zu beseitigen, die den Ablauf der maschinellen Tätigkeit der Menschmaschine stören und Arbeitsbedingungen zu schaffen, die dem Wesen dieser Maschine entsprechen. Wir haben vielleicht geglaubt, daß wir planmäßig und systematisch arbeiten können, aber wir haben uns eben geirrt. Wir werden in einigen Monaten oder spätestens einigen Jahren erfahren, daß wir keine Ahnung vom Arbeiten hatten, daß die wissenschaftlich erforchte und experimentell erprobte Arbeit zu einem System führen wird, das ganz andere Arbeitsleistungen aus der Menschmaschine herausholen wird. Unsere Arbeitsleistung wird um ein Vielfaches erhöht werden. Die erste Voraussetzung ist die Beseitigung aller die Arbeitsintensität schwächenden Hindernisse, so lehrt der amerikanische Prophet der systematischen Arbeit, der Apostel des geräuschlosen Bureaus. Lärm ist das größte Hindernis für die Arbeit, so lautet sein zweiter Lehrsatz. Die Beseitigung des Lärms bedeutet eine Erhöhung der Arbeitskraft, eine Vervielfältigung der Intensität. Prof. Laird hat infolgedessen ein Laboratorium geschaffen, indem er die Wirkung des Lärms auf die Arbeitsleistung einer Stenotypistin mit den genauesten Meßapparaten auf das genaueste kontrolliert. Er lehrt der Stenotypistin eine Gesichtsmaske auf, die jeden Atemzug, er sei schnell oder langsam mit Hilfe elektrischer Meßapparate genau registriert. Wie schnell und wie stark die Lunge atmet, alles zeigt der Zeiger an, aber damit nicht genug. Die Luft, die die Stenotypistin ausatmet, wird sorgsam eingefangen und genau analysiert.

Auf diese Weise wird der Energieverbrauch genau gemessen. Die Lungen der Stenotypistin werden in einen Apparat eingespannt, der feststellt, wieviel Arbeitsleistung sie beim Schreiben eines Briefes zu vollbringen habe. Das alles wird bei normalem Lärm gemessen. Dann macht man künstlichen Lärm, und die Messungen beginnen von vorn, und zum Schluß kommt der Clou des Ganzen, die akustischfeindliche Wand, die Wand, die den Lärm auffrißt und die Geräusche vertilgt, und hinter der die Stenotypistin wie in der heiligen Stille eines Tempels arbeiten kann. Es ist eine Zuderrohrwand, aus Matten zusammengesetzt, die aus Zuderrohrfasern bestehen. Jede Matte hat 400 Löcher, und diese 400 Löcher zusammen mit den Zuderrohrfasern vertilgen 50 % des Lärms. Hinter dieser lärmfressenden Wand, hinter diesem Zuderrohrwall, hinter dem das Paradies der Geräuschlosigkeit liegt, wiederholt Dr. Laird seine Versuchsreihe und mißt die Zunahme der Arbeitsintensität, die Vergrößerung der Arbeitsleistung.

Und wenn diese Versuchsreihe das von Prof. Laird prophezeigte Resultat ergeben wird, so wird man in Amerika die Häuser nicht mehr aus Stahl, nicht mehr aus Glas, sondern nur noch aus Zuderrohrfasern bauen, 400 Löcher auf den Quadratmeter und die Autos werden vergeblich hupen, die Maschinen vergeblich rasen, hinter dem Zuderrohr liegt das Paradies der Geräuschlosigkeit.



Die ABC-Schützen

Nate, was ich hab' vernommen:
 Es sind achtzehn fremde Gesellen ins Land gekommen,
 Zu malen schön und sauberlich,
 Doch keiner einem andern gleich;
 All ohne Fehler und Gebrechen,
 Nur konnte keiner ein Wort sprechen,
 Und damit man sie sollte verstehen,
 Hatten sie fünf Dolmetscher mit sich geh'n.
 Das waren hochgelehrte Leut:
 Der erst' erstaunt, reißt's Maul auf weit,
 Der zweite wie ein Kindlein schreit,
 Der dritte wie ein Mäuslein pfliff,
 Der vierte wie ein Fuhrmann rief,
 Der fünfte gar wie ein Uhu tut,
 Das waren ihre Künste gut;
 Damit erhoben sie ein Geschrei,
 Füllt noch die Welt, ist nicht vorbei.

Stwarzi und Bunki

Ein schweres Gewitter stand über den Bergen. Es trachtete und blühte unaufhörlich. Minutenlang rollte der Donner. Und Regen und Hagel prasselte hernieder, als wenn die Welt untergehen sollte. Menschen und Tiere hatten sich Schutz gesucht. Einsam lagen Weg und Steg da, wo es am Nachmittage noch lebhaft zugegangen war. Bald war in der Dunkelheit nichts mehr zu erkennen. Nur wenn ein Blitz die Gegend erhellte, konnte man sich zurechtfinden.

Trotz des Unwetters liefen zwei Menschen dem Bergwalde zu und kletterten sich durch Donner und Blitz, Regen und Hagel nicht schreden.

„Biel schlimmer kann's nicht werden,“ meinte der eine, und der andere fügte hinzu: „Nasser können wir auch nicht mehr werden. Es ist doch schon durch!“

Und weiter strebten sie ihrem Ziele zu. Bald war es erreicht.

„Ich hab' einen! Noch einen! — Oha, da ist schon wieder einer!“ — So schrie der Junge voller Freude und griff die schwarzen Alpenalamander, die sich überall zeigten.

„Nun hör' auf, wir haben genug!“ rief sein Begleiter. Dann hob er noch ein Kästchen auf, steckte es in die Kiste und machte kehrt. Der Junge folgte ihm. Heimwärts ging's. Dem Hause zu, wo sie ihre Ferien verlebten, die nun zu Ende gingen. Morgen sollte es in die Heimat zurückgehen, über tausend Kilometer weit mit der Eisenbahn.

In der Kiste hatte sich eine nette Gesellschaft zusammengefunden, sechs Alpenalamander, einer schöner als der andere. Aber sie waren nicht gerade in schöner Stimmung. Einer fluchte logar. „Donnerwetter noch mal, daß er mich auch gerade noch erwischen mußte! Dieser lange Zweiflüßler! Wenn das meine Mutter wüßte!“

Die andern sahen stumm und ängstlich da. Und trotzdem! Aber die Kiste roch schrecklich, es waren Zigarren darin gewesen, und der Besitzer konnte sich nur eine Marke ohne Wohlgerüche erlauben.

Wenn die Schließfellei nur nicht gewesen wäre! Das war gräßlich. Aber endlich war's zu Ende, der Deckel wurde vorsichtig geöffnet und eine Reihe großer Augen blickte hinein. Hüh! was für Augen!

Die Salamander hielten die Gelegenheit für günstig, auszukriechen, aber sie kamen nicht weit. Unangenehm warme Hände griffen zu und steckten sie wieder in das überduftende Gefäß. Eine Hand voll Moos folgte, dann schloß sich der Deckel. Die Kiste wanderte in einen Kutsch, und am nächsten Morgen trug ein schneller Zug die ganze Gesellschaft aus den Bergen weit, weit fort in das große ebene Land. Ueber einen Tag wurden sie durchgeschüttelt. Ganz merkwürdig war ihnen allen im Kopfe. Aber alles geht einmal zu Ende, auch eine Eisenbahnfahrt.

Als die Kiste wieder geöffnet wurde, erhielten alle sechs Salamander ein erfrischendes Bad und kamen dann in ein großes Glasbecken, das schnell als Terrarium eingerichtet wurde.

„Ich hab' keine Scheibe zum Auflegen,“ meinte der Junge, „ich denke aber, daß sie hier auch nicht rauskommen können.“

Als es Abend war und der Junge ins Bett sollte, schrie die Mutter plötzlich auf — „ein Salamander, ein Salamander!“

In der Tat, es war ein Salamander, der fortzukommen suchte, aber schnell ergriffen wurde. Beim Nachsehen stellte sich dann heraus, daß noch zwei fehlten. Alles wurde nachgefischt, aber die Ausreißer wurden nicht gefunden.

Einer der Zurückgebliebenen hieß Stwarzi. Er wurde an einen Buben verpfändet, der ein großer Tierfreund war und schon einen Feueralamander hatte, der aus dem Hartz stammte.

Da kamen die Nechten zusammen. Bunki war ein hübsches Kerlchen. Große gelbbrote Flecken zierten sein schwarzes Gewand und unergündlich tief schienen die dunklen Augen.

Stwarzi war freilich anderer Ansicht. „Deine gelben Flecken wirken leider störend,“ meinte er. In unserem Bergwalde gab es nicht einen einzigen Salamander, der nicht ganz schwarz ausgefärbt war. Man hätte das auch nie gebildet. Es sieht so halbfertig aus. Aber du kannst natürlich nicht dafür.“

„Und du Zwerg bist auch unschuldig daran, daß deine Sippe im Wachstum so zurückgegangen ist. Ursprünglich, als ihr noch im Mittelgebirge wohntet, wart ihr auch so schön bunt wie wir. Aber deine Ahnen wollten hoch hinaus, wanderten ins Hochgebirge bis 3000 Meter hoch, und da seid ihr immer kleiner und immer schwächer geworden. Gerade so wie es den Wegschnecken ging. Armer kleiner Kerl!“

Und dann, wenn sie soweit miteinander waren, sprachen sie erst wieder miteinander, wenn es ihnen zu langweilig wurde. Da konnten ein paar Tage drüber hingehen.

Sonst kamen sie friedlich zusammen aus, es sei denn, daß es nur kleine Regenwürmer gab. Wenn nämlich große dabei waren, so fielen sie Bunki zu, denn Stwarzi konnte sie nicht hinunter kriegen. Wenn es aber nur kleine gab, war der arme Stwarzi schwer im Nachteil, dann schluckte und würgte Bunki so schnell, daß der kleine Stwarzi meist das Nachsehen hatte.

Von der Gerechtigkeit haben die Salamander nämlich noch nie etwas gehört.

Ernst Schermer.

Mein schönstes Ferienerlebnis

Eines Morgens sagte mein Freund: „Dah uns mal die Schafe ein bißchen streicheln!“ — „Ja,“ sagte ich. — Wir gingen lustig hin und wollten sie streicheln. Heil! Wir waren noch gar nicht dran gewesen, da rissen sie sich los und liefen weg. Mein Freund und ich gleich hinterher! Mein Freund sagte:

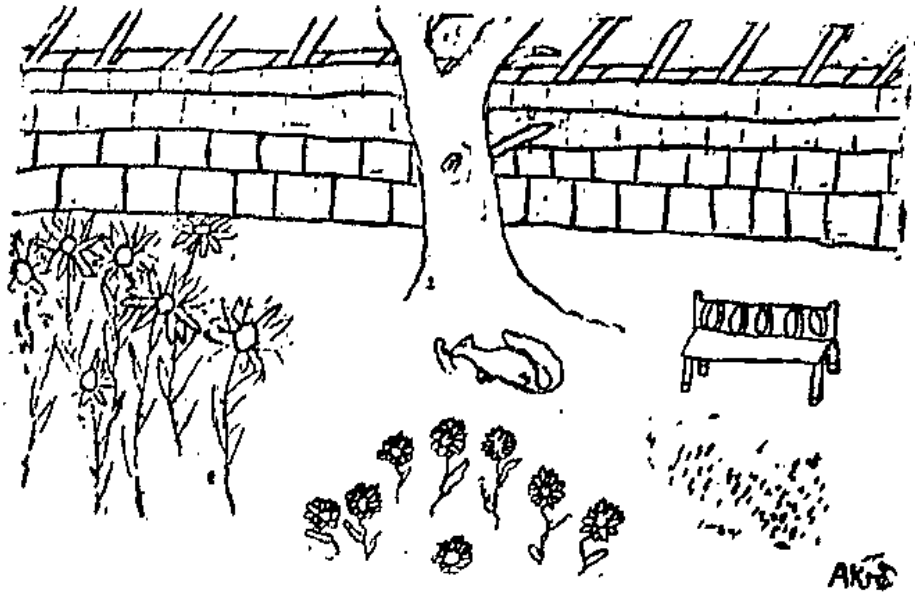


„Na, wir kriegen schöne Schafe von Onkel Max!“ Ich sagte: „Das Weinen nützt uns doch nichts.“ Zuletzt kriegten wir sie, sie standen nämlich beim Haser und trafen. Wir gingen langsam hin und brachten die Schafe nach Hause. Na, das war eine schöne Geschichte, aber Schafe kriegten wir doch nicht.

Günter Sch., 10 Jahre.

Mein schönstes Ferienerlebnis

Am Dienstag, dem 10. Juli spielte ich mit meiner Kusine auf dem Balkon. Ich wollte mich gerade auf die Schaukel setzen als plötzlich im Garten ein Eichhörnchen auf den Baum kletterte. Ich konnte es gar nicht genau sehen, so schnell war es auf dem Baume. Die Kasse, die auf der Mauer saß, wich zurück und sprang mit einem Satz die Mauer runter, sie hatte das Eich-



hörnchen wohl gesehen. Nach einer Weile kam das Eichhörnchen wieder runter, ließ nach einem angebissenen Stück Schwarzbrot und fraß davon. Auf Zehenspitzen ging ich zu meiner Tante und sagte ihr alles. Als wir auf dem Balkon waren, saß das Eichhörnchen noch immer da. Tante Paula sagte, daß es wohl Grubens Eichhörnchen wäre.

Annemarie R., 10 Jahre.

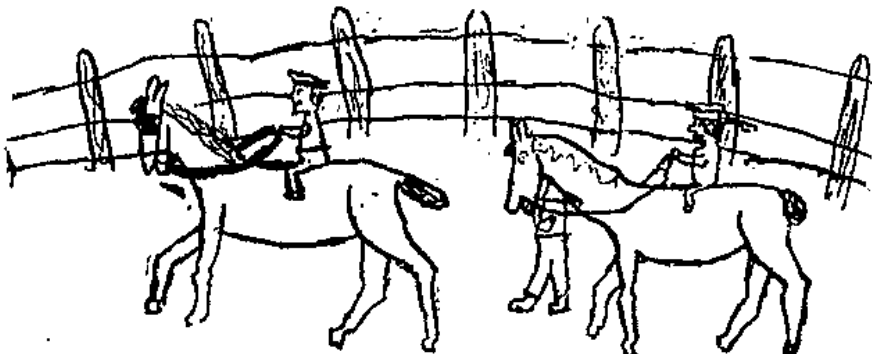
Mein schönstes Ferienerlebnis

Am 14. Juli hatten wir das Kinderfest der Siedlung Gärtnergasse. Es war sehr schönes Wetter. Wir mußten mittags um 2 Uhr an der Ecke vom Amelweg sein, wir gingen dann durch die Stargasse zum Fischerbuden. Als wir dort ankamen, bekam jeder ein Stück Kuchen. Dann durften wir mit unseren Eltern gehen. Es dauerte aber nicht lange, so tutele unser Führer wieder. Wir sollten hinkommen. Die Kinder von 10 bis 14 Jahren hatten Vogelschießen, die von 6 bis 10 Jahren Wettlaufen, die von 2 bis 6 Jahren Topf schlagen. Dabei erhielten meine Schwestern beide einen Ball, mein Bruder eine Harle und ich ein Poeste-Album. Emmi Spangenberg wurde Königin und Karl-Heinz Frenz König. Um 1/2 9 Uhr abends bekam jeder eine Laterne mit einem Licht. Dann gingen wir mit den Laternen nach Hause.

Annemarie W., 11 Jahre.

Mein schönstes Ferienerlebnis

In den Ferien bin ich bei meiner Großmutter gewesen. An einem Sonntag gingen meine Tante, meine Mutter, mein kleiner Bruder und ich nach Ledent. Erst gingen wir durch einen Wald und suchten Blüze, dann mußten wir durch das Dorf Muggin und dann nach Ledent. Als wir dort ankamen, hielten sie noch Mittagschlaf. Ein Knecht ging hinein, um uns anzumelden. Bald kam auch mein Onkel; er sagte: „Nach dem



Kaffee wollen wir mal Kühe hüten, da sind auch noch zwei Pferde, da dürft ihr mal auf reiten!“ Auf der Weide waren 24 Kühe, da setzte mein Onkel uns aufs Pferd und wir ritten eine Weile auf der Kuhweide umher. Wir freuten uns sehr und bedankten uns. Und dann sagte mein Onkel: „Paßt jetzt auf die Kühe, daß sie nicht in den Haser hinein laufen!“ Da sagten wir: „Ja!“ Und er brachte die Pferde in den Stall. Als er wieder zurückkam, sagte er: „Ihr sollt hinkommen, ihr wollt jetzt weg!“ Und wir gingen nach Selsdorf zurück.

Heinz W., 10 Jahre.

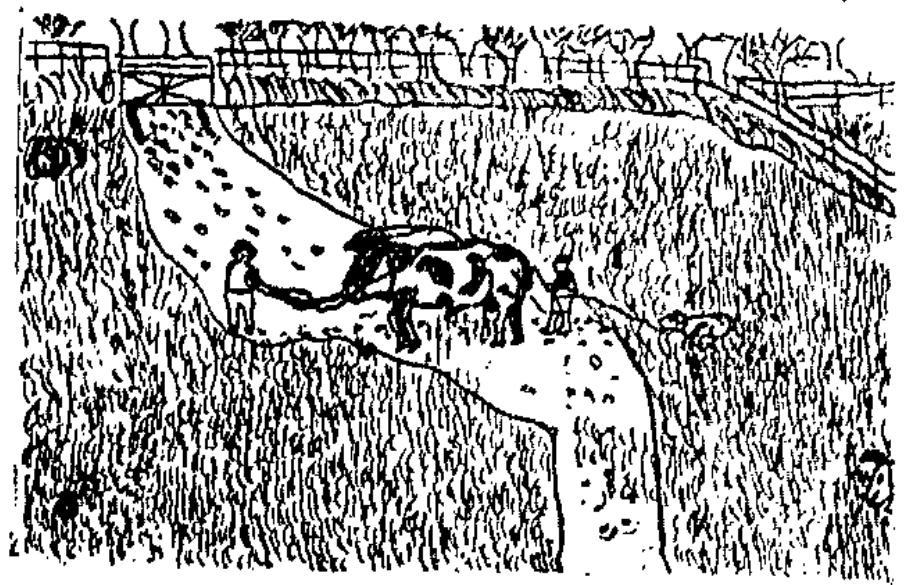
Mein schönstes Ferienerlebnis

Ich bin an einem Sonntag morgen um 8 Uhr mit Eva nach Travemünde gefahren. Es war sehr heißes Wetter. Als wir dort ankamen, fuhrten wir zum Priwall hinüber. Da suchten wir uns einen schönen Platz aus. Als wir uns ausgezogen hatten, aßen wir Mittag. Nach einer Zeit badeten wir. Das machte Spaß. Ich ging mit meinem Vater ordentlich tief hinein. Dann ging ich zu meiner Freundin. Wir spielten noch Ball und sprangen im Sand. Nachdem tranken wir Kaffee. Ich traf Elise Evert dort. Ich suchte noch Muscheln. Ich fand auch recht viele. Ich baute im Sand noch eine Burg, die ich mit Muscheln schmückte und mit Wasser besprengte. Dann aßen wir Abendbrot. Nachdem spielte ich wieder in meiner Burg. Das machte sehr viel Spaß. Dann mußten wir uns anziehen und fuhrten mit dem Zuge zurück. Meine Mutter und mein Vater sind tüchtig eingebraunt. Das tat am nächsten Tage sehr weh.

Grethe M., 10 Jahre.

Die Bullenjagd

Montag morgen bin ich mit Herrn Hinrichsen zur Weide gegangen. Wir wollten einen alten Bullen holen. Herr Hinrichsen band ihn einen Saal um den Kopf. Aber als der Bulle den Saal umhatte, wurde er wild. Wir mußten so lange warten.



bis der Bulle sich beruhigt hatte. Dann banden wir ihn und gingen nach Haus. Als wir dort waren, wogen wir den Bullen. Er wog 2232 Pfund und dann wurde der Bulle abends mit dem Zug nach Hamburg gefahren.

Otto Schw., 11 Jahre.

Unser Ausflug nach dem Timmendorfer Strand

Die Kinderfreunde Schwartau-Rensfeld hatten für Sonntag, den 22. Juli einen Ausflug nach dem Strande geplant. Morgens um 8 Uhr versammelten sich alle am Bahnhof. Wir vergaßen auch nicht, die schwarz-rot-goldene Fahne mitzubringen. Als der Zug kam, wollten wir am Anfang des Zuges in einen leeren 3.-Klassen-Wagen einsteigen. Der Schaffner aber sagte, wir sollten am Ende des Zuges einsteigen und zeigte auf die Wagen 2. Klasse. Wir freuten uns alle und waren der Ansicht, daß dieses sich auf unsere schwarz-rot-goldene Fahne bezog. Aber lange währte das Vergnügen nicht, denn schon hieß es „Aussteigen!“ Wir stellten uns auf und trotz des Regens gingen wir vergnügt zum Strande. Zuerst blieben wir im Walde, als es dann aber trocken wurde, gingen wir zum Strande und bauten uns Burgen aus Sand. Nun wurde ein lustiges Strandleben betrieben. Reigen und Spiele wurden veranstaltet, so daß der Tag schnell zu Ende ging. Unter frohem Gesang ging es wieder zum Bahnhof. Hier gab es auch noch sehr viel Interessantes zu sehen. Gegen 21 Uhr langten wir wieder am Bahnhof an. Wir verabschiedeten uns von einander mit einem freundlichen „Freundschaft!“ und ein jeder ging vergnügt nach Hause.

Marietjen E., 13 Jahre.

Rätsellecke

Rätselsprung

		ne	dir				
	schein	schel	o	ta			
ar	dich	ta	et	am	und	the	fon
sten	es	ten	wirft	dens	bor	gifs	sam
feig	ge	was	laß	ver	zwei	fric	ter
der	er	du	ten	un	stiff	bal	ter
gens	läßt	zett	dens	ber	zeit	er	gel
am	le	her	du	hört	schon	ß	ist
sten	du	nicht	und	nicht	du's	ten	gen
auf	bäu	es	bßt	dein	rer	ten	ü
em	tief	nicht	me	hast	den	schwet	am
mit	ver	pört	rühr	geh	dreit	ber	är
	streit	juch's	wun	ger			
		ist	be				

L. Rbg.

Auflösungen aus Nr. 16

- Wagerecht: 1. Pille, 3. Paris, 5. Str, 7. Breslau, 9. Piloten, 10. Nil, 12. Nette, 13. Orber.
- Senkrech: 1. Parabel, 2. Eis, 3. Polypen, 4. Stettin, 6. Routine, 8. Ländler, 11. Leo.

R	S	M	D
S	E	A	R
M	A	B	F
D	R	F	E

Um die Krisenfürsorge

Von Fritz Schröder

Genosse Schröder hat als Fachreferent des Afa-Bundes auf diesem Gebiet besondere Erfahrungen. Wir haben ihn deshalb um den nachstehenden Artikel ersucht.

Der Reichstag hat vor seiner Vertagung unter Führung der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion einige Entschlüsse zur Neuregelung der Krisenfürsorge angenommen. Dieser Weg mußte beschritten werden, um so rasch als möglich gewisse Verbesserungen in der Krisenfürsorge durchzusetzen, weil nach dem Gesetz über Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung die Regelung dieser Frage dem Reichsarbeitsminister bzw. der Reichsregierung obliegt.

Die im „Reichsanzeiger“ vom 14. August inzwischen veröffentlichten Einzelheiten über die getroffene Neuregelung ergeben, daß in einem entscheidenden Punkte die vom Reichstag geforderten Maßnahmen unberücksichtigt geblieben sind. Der Reichstag hat verlangt, daß die Unterstützungsdauer in der Krisenfürsorge allgemein von 26 auf 39 Wochen zu verlängern ist mit der Maßgabe, daß sie für Arbeitnehmer, die das vierzigste Lebensjahr überschritten haben, um weitere 13 Wochen bis zu einer Gesamtdauer von 52 Wochen ausgedehnt werden kann. In der getroffenen Neuregelung wird nur die Unterstützungsdauer für die älteren Arbeitslosen verlängert, dagegen wird von einer allgemeinen Verlängerung auf 39 Wochen abgesehen. In der amtlichen Veröffentlichung wird einfach erklärt: „Ich behalte mir vor, die Höchstdauer auf 39 Wochen zu verlängern, wenn eine erhebliche Verschlechterung des Arbeitsmarktes dies erforderlich macht.“

Diese Verweigerung einer sofortigen Verlängerung der allgemeinen Unterstützungsdauer auf 39 Wochen steht in scharfem Widerspruch zu dem Beschluß des Reichstags. Gerade diese Frage hatte bereits im Reichstage zu lebhaften Auseinandersetzungen geführt. Die Deutsche Volkspartei hatte einen Änderungsantrag eingebracht, der die allgemeine Verlängerung auf 39 Wochen verhindern wollte. Begründet wurde diese Ablehnung von dem Abgeordneten Dr. Pfeffer mit der einleitenden stärkeren finanziellen Belastung. Nach den amtlichen Erklärungen machte die Mehrbelastung dafür rund 45 Millionen Mark aus, von denen die Gemeinden 9 Millionen zu tragen hätten. Die Mehrheit des Reichstags hat diesen reaktionären Standpunkt der Deutschen Volkspartei abgelehnt. Der Reichsarbeitsminister erklärte sich bereit, falls der Reichstag eine allgemeine Verlängerung auf 39 Wochen beschließen sollte, sich im Kabinett für die Durchführung dieses Beschlusses einzusetzen.

Es ist anzunehmen, daß der volksparteiliche Wirtschaftsminister diesen ablehnenden Standpunkt seiner Fraktion auch bei den Auseinandersetzungen innerhalb des Kabinetts vertreten hat. Die Mehrheit der Reichsregierung hat sich dann offensichtlich dieser ablehnenden Haltung angeschlossen, denn bereits in der Vorlage an den Verwaltungsrat der Reichsanstalt, der nach dem Gesetz zu hören ist, war eine allgemeine Verlängerung auf 39 Wochen nicht vorgesehen. Das führte zu lebhaften Auseinandersetzungen im Verwaltungsrat. Die Mehrheit forderte die Durchführung des Reichstagsbeschlusses. Auch der Reichsrat forderte in diesem Punkte eine Verbesserung, wenigstens für die Bezirke, in denen ein außergewöhnlicher Notstand auf dem Arbeitsmarkt besteht. Auch das blieb unberücksichtigt.

Die Forderung der Gewerkschaften auf Durchführung des Reichstagsbeschlusses anläßlich der Beratungen im Verwaltungsrat fand bei dem Reichsarbeitsminister „volles Verständnis“, wie sich aus dem Brief an die Spitzenorganisationen ergibt. Es heißt da: „Ich habe für diesen Standpunkt der Gewerkschaften volles Verständnis. Es ist mir selbst sehr schmerzhaft, daß die Reichsregierung aus zwingenden sachlichen wie insbesondere auch finanziellen Gründen genötigt war, die Ausführung dieser Beschlüsse in einem wesentlichen Punkte bis zum Herbst zu verschieben.“

Es muß verlangt werden, daß der Beschluß des Reichstages auch in diesem Punkt unverzüglich durchgeführt wird. Die Notwendigkeit dieser Maßnahme ergibt sich auch aus der schlechtesten Lage des Arbeitsmarktes. Diese wird offensichtlich schlechter hingestellt als sie in Wirklichkeit ist. Der falsche Eindruck wird nicht zuletzt durch die laufenden amtlichen Veröffentlichungen über die Zahl der Unterstützungsempfänger erzeugt. In der Öffentlichkeit ist man nur allzu leicht geneigt, aus dieser Zahl Rückschlüsse auf die Lage des Arbeitsmarktes zu ziehen. Das ist jedoch falsch. Die bei diesen Ausweisen immer wieder gemeldeten Rückgänge in der Zahl der Unterstützungsempfänger sind nicht darauf zurückzuführen, daß die Arbeitslosen wieder in den Produktionsprozeß einbezogen werden konnten, sondern der Rückgang ist zum allergrößten Teil die Folge des Ablaufs des Unterstützungsanspruchs. Daraus erklärt sich auch, daß nach den letzten amtlichen Ausweisen die Zahl der Arbeitslosen nur um 4,6 Prozent zurückgegangen ist, während die Zahl der Unterstützungsempfänger im gleichen Zeitraum um 10,7 Prozent, also um mehr als das Doppelte zurückging. Das wird auch in den amtlichen Veröffentlichungen angegeben, die sich mit einer wirklichen Untersuchung der Arbeitsmarktlage beschäftigen.

Hier wird darauf hingewiesen, daß der Rückgang bei den Unterstützungsempfängern eine Folge der Verengerung des Kreises der in der Arbeitslosenversicherung unterstützten Personen, sowie der Aufhebung der Uebergangsbestimmungen und Beschränkung der Höchstdauer der Krisenunterstützung ist. So erklärt sich denn auch, daß die Zahl der Arbeitslosen weit über eine Million betrug, von denen jedoch nach den letzten amtlichen Veröffentlichungen fast eine halbe Million keine Arbeitslosenunterstützung erhalten. Soweit diese Arbeitslosen hilfsbedürftig sind, also einen hohen Grad der Verelendung erreicht haben, muß die Wohlfahrtspflege für sie sorgen. Das ist in rechtlicher und in sozialer Beziehung ein ganz unhaltbarer Zustand. Die Fürsorge für die arbeitsfähigen Arbeitslosen ist Aufgabe des Reichs. Darum genügt es auch keineswegs, nur die allgemeine Unterstützungsdauer zu verlängern,

Um die Vereinheitlichung in der Sozialversicherung

In den letzten Wochen wurde im Lager der Unternehmer der Ruf nach der Verbilligung der Sozialversicherung immer heftiger. Besonders lebhaft besaßte sich der „Verein zur Wahrung der gemeinsamen wirtschaftlichen Interessen in Rheinland und Westfalen“ (Langnamenerverein) in seiner Sitzung vom 19. Juni dieses Jahres in Düsseldorf mit der Frage der Sozialversicherung. Nach einem Bericht der Deutschen Bergwerkszeitung sagte der Vorsitzende Generaldirektor Reusch u. a.:

„Wir müssen allen Anfechtungen zum Trotz den Mut haben, immer und immer wieder darauf hinzuweisen, daß die Wirtschaft keine Wohlfahrtsanstalt ist, und daß dem in der Wirtschaft angelegten Kapital eine angemessene Rente zusteht, zumal — vorläufig wenigstens — das Geldverdienst in Deutschland noch nicht verboten ist. — Ich fürchte, daß, wenn die Gesetzgebungsmaschine in der bisherigen Weise weiter arbeitet, der Steuerzahler immer weniger, der Kostgänger des Staates immer mehr werden, zumal sich auch die bürgerlichen Parteien in der Vertretung marxistischer Anschauungen gegenfeitig überbieten und es ihnen — bisher wenigstens — leider an dem nötigen Mut gefehlt hat, für ihre Weltanschauung zu kämpfen. Wir stehen ohnedies so sehr im Kollektivismus und müssen dem Individualismus wieder mehr Spielraum geben.“

Herrn Reusch liegen die hohen Kosten der Sozialversicherung, die bereits 4,6 Milliarden überschritten haben, arg im Magen. Er fürchtet einen Weiterausbau der Sozialversicherung und schilt seine Klassenossen Marxisten, wenn diese aus Rücksicht auf ihre Arbeiterwähler nicht ganz den Wünschen der Schwerindustrie willfahren. Welch Fluß angeblich aus der Sozialversicherung entsteht, wenn sie ausgebaut wird, entnehmen wir den Ausführungen des Herrn Dr. Poensgen auf derselben Tagung:

„Ich brauche nicht darauf hinzuweisen, daß schon seit langen Jahren von ernster wissenschaftlicher und praktischer Seite auf die großen Bedenken einer Ueberpannung der Sozialversicherung hingewiesen worden ist. Die Gefahren liegen vor allem in der Erötung des Spartriebes, in der Erschlaffung des Willens und des Willens zur Selbsthilfe, in dem immer stärkeren Rentenstreben, ja Rentenwahn.“

Besonders bemerkenswert ist in diesem Zusammenhang die Tatsache, daß sich Dr. Poensgen besonders auf zwei Vertreter aus dem „Arbeitnehmerlager“ beruft, auf Siegwald und Erkelenz, die beide auf die zu hohen Abgaben hinwiesen und mit ihren Reformwünschen aus dem Herzen der Unternehmer sprachen. Ein Beweis mehr, daß sowohl die christlichen als auch die Hirsch-Duncker'schen Gewerkschaftsführer weit davon entfernt sind, die Interessen der Arbeiterschaft rücksichtslos zu vertreten.

Daß der deutschen Sozialversicherung eine Reihe großer organisatorischer Mängel anhaften, die durch die Art ihrer Entstehung zu erklären sind, wird am allerwenigsten von den Vertretern der Versicherten bestritten. Immer wieder weisen diese darauf hin, daß es nötig ist, eine Vereinheitlichung auf allen Gebieten der Pflichtversicherung durchzuführen. Abgesehen davon, daß bedeutende Ersparnisse auf dem Gebiete der Verwaltung entstehen würden, ließe sich eine bessere Ausnutzung der vorhandenen Kräfte erzielen. Es müßte daher angenommen werden, daß gerade aus dem Lager der Schwerindustrie, die ja am stärksten in Konzernen gebunden ist, der Schrei nach Vereinheitlichung der zerstückelten Teile der Sozialversicherung erfolgen müßte. Weit gefehlt! Diese Zusammenfassung der Kräfte scheuen die Herren wie die Pest, aus Gründen, die wir untersuchen wollen. Herr Dr. Poensgen sagt dazu:

„Dann noch einige Worte zur Frage der organisatorischen Rationalisierung der Sozialversicherung. Hierbei muß eines

von vornherein mit aller Deutlichkeit betont werden: in dem, was von Arbeitnehmerseite, insbesondere von den Sozialdemokraten, gerade in letzter Zeit vielfach gefordert wird, kann die Wirtschaft nicht einen Fortschritt, sondern nur eine Verschlechterung erblicken. Ein Aufgehen der Angestelltenversicherung in der Arbeiterversicherung, ein Zusammenwerfen der verschiedenen Zweige der Sozialversicherung in eine große einheitliche Sozialversicherung und, um Einzelheiten zu nennen, etwa bei der Krankenversicherung die Schaffung eines Monopols der Ortskrankenkassen, alles das sind Forderungen, die nach unserer Ueberzeugung ohne jeden Zweifel nur zu einer weiteren Schematisierung und Bürokratisierung, zugleich aber auch zu einer weiteren Politisierung der Sozialversicherung führen müssen.“

Hier liegt der Hase im Pfeffer. Die Zusammenfassung der Angestellten mit der Invalidenversicherung würde den Gegensatz zwischen beiden proletarisierten Schichten verwischen und das Ausspielen der beiden Gruppen gegeneinander erschweren. Die Zusammenfassung der Krankenversicherung aber würde „zur weiteren Politisierung“ führen. Ei, ei, Herr Dr. Poensgen, das heißt wohl nur, daß die leider außer den allgemeinen Ortskrankenkassen noch bestehenden Geschäfts-, Erbschafts-, Betriebs-, Innungs- und Landkrankenkassen den politischen Einfluß der Unternehmer steigern helfen. Denn für sie ist doch nur Politik das, was dem Arbeiterinteresse frommt.

Der 13. Kongress des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, der am 3. September d. J. in Hamburg eröffnet werden wird, hat auf seiner Tagesordnung ein Referat des stellvertretenden Bundesvorsitzenden Hermann Müller: „Vereinheitlichung und Selbstverwaltung der sozialen Gesetzgebung.“ — Die gleichen Forderungen werden von dem Hauptverband Deutscher Krankenkassen rücksichtslos vertreten. Nach dem Sturz des Bürgerblocks muß gehofft werden, daß wir diesem Ziele näher kommen. Daher sind die Bestrebungen der der großen Koalition angehörigen bürgerlichen Parteien auf das sorgsamste zu verfolgen, damit diese nicht auf dem Umwege über die Koalition einschmuggeln, was ihnen auf dem Wege über den Bürgerblock nicht gelang. Dazu gehören insbesondere die Ausdehnung der Innungs- und Landkrankenkassen, für die jetzt der anerkannte Spezialist in Fragen der Sozialversicherung, der volksparteiliche Reichstagsabgeordnete Dr. Moldenhauer, eintritt, sowie die Schaffung sogenannter Berufs- und Betriebskrankenkassen, die eine große Zersplitterungsgefahr in sich bergen, um so mehr es bei der Verwirklichung aller Grenzbestimmungen durch Verkrüftung und Rationalisierung schwer ist, von abgrenzbaren Berufen zu sprechen. Hierzu gehört aber auch die Frage der Verschmelzung der Angestellten mit der Invalidenversicherung. Es ist nunmehr offensichtlich, daß die Knappschaftsangehörigenversicherung am Ende ihres Lebens ist und entweder abgebaut oder subventioniert werden muß. Auch die Frage der Krankenversicherung der Beamten wäre zu erwägen.

Sozialdemokratie und A. D. G. B. werden auf der Hut sein. Gewiß sind die Fragen der Sozialversicherung zugleich politische Fragen. Wenn aber irgendwo das politische Interesse der Werktätigen zugleich das wohlverstandene Gesamtinteresse darstellt, dann gilt dies in der Sozialversicherung. Die Zusammenballung der Sozialversicherung unter einheitlicher Leitung und Selbstverwaltung der Versicherten bedeutet eine gewaltige Stärkung des Machtwillens im Kampfe um die Eroberung des Staates. Sie gibt den breiten Massen die Möglichkeit, ihr Organisationstalent zu entfalten und zu beweisen. In diesem Sinne ist der Kampf um die Vereinheitlichung der Sozialversicherung ein politischer Kampf, der der modernen Fortentwicklung dient.

Sondern schon jetzt müssen die Vorarbeiten für eine grundlegende Reform der Krisenfürsorge in Angriff genommen werden. Wir brauchen eine umfassende Reichsarbeitslosenversicherung, die für den ausreichenden Unterhalt aller arbeitsfähigen Arbeitslosen sorgt, soweit sie keine Ansprüche an die Arbeitslosenversicherung haben oder ihre Ansprüche erschöpft sind.

Aus der Spruchpraxis des Landesarbeitsamtes

Die Spruchbehörden der Arbeitslosenversicherung entscheiden im Unterstützungsverfahren, wenn gegen die Entscheidungen des Vorsitzenden Einspruch erhoben wird; ihre Urteile sind mithin für die Gewährung oder den Entzug von Unterstützung von großer Bedeutung. Aus der Spruchpraxis des Landesarbeitsamtes „Nordmark“ veröffentlichen wir daher in Zukunft Entscheidungen, deren Kenntnis uns wichtig erscheint.

Arbeitslosenunterstützung an Kursteilnehmer (Entscheidung der Spruchkammer in Schleswig vom 23. Juli 1928 — Nr. 209/1928 —)

Der Einspruch gegen die Entziehung der Arbeitslosenunterstützung während des Besuches eines Maschinenkursus war vom Spruchauschuß abgelehnt worden, da Kläger dem Arbeitsamt für eine Vermittlung nicht mehr zur Verfügung stand.

Kläger behauptet, daß er den Kursus in der Maschinenlehre, der vom 1. März bis 1. Juni dauert, ohne Unterstützung nicht durchhalten könne, da sich die Untkosten der Schule viel höher als erwartet stellen würden. Den Entschluß zur Ausbildung in diesem Kursus habe er gefaßt, da nach seiner fünfjährigen Arbeitslosigkeit irgend eine Aussicht auf Vermittlung nicht bestanden habe. Kläger war vorher längere Zeit bei einer Reederei in Diensten und am 6. Januar d. J. wegen Krankheit abgemustert worden. Er konnte nach einem vorliegenden Schreiben bei erster Gelegenheit als Maschinist wieder bei der Reederei in Stellung kommen.

Beklagte hat Zurückweisung der Klage beantragt, da Erfordernis für die Weitergewährung der Unterstützung während der Teilnahme an Fortbildungskursen sein müsse, daß der Teilnehmer — wenn auch befristet — dem Arbeitsamt zur Verfügung stände. Dieses Verlangen müsse mit Rücksicht auf die Gleichbehandlung mit den übrigen Arbeitslosen gestellt werden, wengleich vom arbeitsmarktpolitischen Standpunkt her eine Weiterbildung der Arbeitslosen durch Besuche von Fortbildungskursen nur erwünscht erscheine.

Die Spruchkammer hat sich der Begründung der Beklagten angeschlossen. Eine Fortzahlung der Arbeitslosenunterstützung bei der im übrigen nur zu begründenden Teilnahme eines Arbeitslosen an Fortbildungskursen kann nur dann gewährt werden, wenn das Arbeitsamt die Vermittlungsmöglichkeit für den betreffenden Teilnehmer behält. Diese Auffassung deckt sich mit der des Herrn Reichsarbeitsministers in seinem Schreiben vom 18. März 1927, nach dem Besucher von Fachschulen anderen Erwerbslosen gegenüber keine Sonderstellung einnehmen dürfen.

In vorliegendem Falle war vom Kläger erklärt worden, daß er während des Besuches der Schule eine Arbeit nicht aufnehmen könne. Die Vermittlungsmöglichkeit wäre dadurch dem Arbeitsamt völlig genommen gewesen. Die Weitergewährung der Arbeitslosenunterstützung war danach nicht möglich.

Lohnbewegung des Bekleidungsarbeiterverbandes

In der Herrenkonfektion ist es zu einem neuen Konflikt gekommen. Das Reichsarbeitsministerium hat den zur Beilegung des Lohnstreites gefällten Schiedspruch vom 19. Juli nicht für verbindlich erklärt. In der Begründung hebt das Ministerium neben formalrechtlichen Bedenken hervor, daß eine weitere Lohnerhöhung auch von Arbeitgeberseite als billig erachtet werde. Die Arbeitgeber hätten sich bereit erklärt, auf der Grundlage einer Erhöhung von 6 bis 7 Prozent zu verhandeln. Das im Schiedspruch vorgeschlagene Ausmaß der Erhöhung, das sich im Durchschnitt auf etwa 11 Prozent stellte, sei nach Ansicht der Arbeitgeber wirtschaftlich nicht zu rechtfertigen, und es bestünden in der Tat begründete Zweifel, ob diese Lohnerhöhung für alle Unternehmungen der Branche tragbar sei.